Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Burscheider Zeitung

für die Stadtgemeinde Burscheid

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 241 Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 **Burscheid, Donnerstag, 13. Oktober 1932** Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 **72. Jahrgang**

Die Länder gegen das Reich

Zu Beginn der Verhandlungen am Mittwoch erklärte Reichsgerichtspräsident **Dr. Bumke**, es sei ihm ein Eilbrief des preußischen Ministerpräsidenten Dr. Braun zugegangen, in dem zum Ausdruck gebracht werde, daß Braun die Behauptung, er habe sich befriedigt über seine Gehaltsregelung ausgesprochen, als unrichtig zurückweise



Ministerialdirektor Gottheiner (Reichsinnenministerium)
legte als Vertreter der Reichsregierung vor dem Staatsgerichtshof die Motive dar, die das Reichskabinett zu dem Vorgehen gegen die preußische Regierung am 20. Juli bewogen hatten.

Dr. Gottheiner zieht Behauptungen gegen Dr. Braun zurück

Ministerialdirektor **Dr. Gottheiner** erklärt dazu u. a.: Der Herr Ministerpräsident Dr. h. c. Braun sagt in dem Brief, er habe sich niemals beim Reichskommissar oder bei der Reichsregierung wegen der Weiterzahlung seiner vollen Bezüge erkundigt oder darum ersucht. Das habe ich nicht behauptet. Ich habe nur erklärt, daß er sich an zuständiger Stelle nach der Regelung seiner Bezüge erkundigt habe und diese Behauptung halte ich aufrecht. Herr Ministerpräsident Dr. Braun habe einem Beamten des der Leitung der Reichsregierung unterstellten Staatsministeriums gegenüber den Wunsch ausgesprochen, er möge Klarheit darüber haben, wie es denn nun mit seinen Bezügen wäre. Darauf ist es ihm mit Schreiben vom 8. Aug. d. J. unter Bezugnahme auf die mit dem Beamten des Staatsministeriums geführte Unterredung in vollem Umfange dargelegt, wie seine Bezüge in Zukunft geregelt sind. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß die gesamten bisherigen Bezüge weitergezahlt werden. Ministerpräsident Dr. h. c. Braun hat den Eingang des Briefes telephonisch bestätigt. Wenn ich gesagt habe, er hätte bei dieser Unterredung seiner Befriedigung über diese Regelung Ausdruck gegeben, so beruhte diese Angabe auf einer Mitteilung, die mir aus dem Staatsministerium geworden war. Ich habe auf Grund einer Erklärung, die die preußischen Vertreter hier abgegeben haben, nochmals Erkundigungen in dieser Richtung angestellt und die Auskunft erhalten, daß der betreffende Beamte sich des genauen Wortlauts der mit dem Ministerpräsidenten geführten Unterredung nicht mehr entsinnen könne. (Aha-Rufe bei der preußischen Vertretung.) Unter diesen Umständen will ich die Behauptung nicht weiter aufrechterhalten.

Dann übergibt Dr. Gottheiner eine Ausgabe des „Vorwärts", in der die Rede wiedergegeben ist, die Dr. Severing in den Tennishallen gehalten hat.

Um den Paragraph 48

Das Wort erhält der Staatsrechtslehrer **Professor Dr. Bilfinger.** Er verbreitete sich zunächst über die Voraussetzungen, die für die Annahme der Nichterfüllung von Pflichten eines Landes im Sinne des Artikels 48 Abs. 1 gelten müßten. Hierfür sei wesentlich die Feststellung der Lage am 20. Juli. Ueber den Begriff der Pflicht eines Landes gegenüber dem Reiche im Sinne des Artikels 48 Abs. 1 führte Bilfinger aus, daß damit eine allgemeine Einordnungspflicht des Landes als Glied des Reiches gemeint sei. Dazu trete in gewissem Umfange eine Gehorsamspflicht des Landes gegenüber dem Reich. Also gehöre zu dieser Einordnungspflicht, daß eine illoyale Bekämpfung der inneren Politik des Reiches vermieden werde und daß keine Durchkreuzung der Außenpolitik des Reiches erfolge. Im vorliegenden Falle sei ein Verschulden der preußischen Regierung bereits durch das Gewährenlassen gewisser Handlungen gegeben. Man könne zu keinem anderen Ergebnis kommen, als daß auch für das Auftreten Grzesinskis in Magdeburg und für das Auftreten Severings in Berlin das Land Preußen im Sinne des Artikels 48 Abs. 1 hafte. Die Reichsregierung, so betonte er weiter, habe sich dem von Anschütz eingenommenen Standpunkt angeschlossen, der die Meinung vertrete, daß nach Sinn und Wortlaut des Artikels 48 Abs. 1, nämlich bei Fällen von Gefahr im Verzuge, ein sofortiges Einschreiten des Reiches gegen das Land rechtlich zulässig sei und daß insbesondere eine vorherige Entscheidung des Staatsgerichtshofes über die Pflichtverletzung nicht abgewartet zu werden braucht.

Nun erwiderte Ministerialdirektor **Dr. Brecht** u. a.: Eine materielle Pflichtverletzung müsse Preußen nachgewiesen werden, und zwar eine solche, wie sie als Grundlage des Vorgehens vom 20. Juli vom Reiche angegeben sind. Wir verwahren uns dagegen, daß Artikel 48 Abs. 1 so ausgelegt wird, daß man auf Grund von Zeitungsnachrichten vorgeht und daß man sich nicht darum kümmert, was ein Redner tatsächlich gesagt hat. Dr. Brecht bestritt weiter, daß überhaupt „Gefahr im Verzuge" gewesen sei. Ganz bestimmt habe die preußische Regierung niemals ernstlich an einen Widerstand gegen den Willen der Reichsregierung gedacht.

Geheimrat Anschütz führte darauf aus: Die preußische Regierung hat sich überhaupt keine Pflichtverletzung zuschulden kommen lassen. Sie verbitte sich auch sehr energisch, auf eine Linie etwa mit Zeigner und seiner Regierung gestellt zu werden.

Ministerialdirektor Dr. Brecht macht dann noch darauf aufmerksam, daß die Rede Severings ganz anders gelautet habe als die Reichsregierung das darlege. Für die Energie, mit der sie gegen die Kommunisten vorzugehen entschlossen gewesen sei, habe die preußische Regierung nun keinen Dank erfahren.

Ministerialdirektor Gottheiner äußerte sich auch noch zu der Absetzung der sechs Minister auf Grund ihrer an den Reichskommissar gerichteten Ablehnung, an einer Ministersitzung teilzunehmen und erklärte, wenn der Minister Steiger zur Zeit der Abfassung des Schreibens der preußischen Minister vom 20. Juli 1932 aus Berlin abwesend gewesen sei, so stehe doch immerhin sein Name unter dem Schriftstück, wenigstens in der Form „gezeichnet Hirtsiefer und zugleich für den abwesenden Ministerpräsidenten Braun und den Staatsminister Steiger."

Professor Heller (Vertreter der SPD-Fraktion) geht dann ausführlich auf die Anwendung des Völkerrechts auf das Staatsrecht ein, die er in der von Professor Bilfinger gewählten Form ablehnt.

Professor Peters (Zentr.) wendet sich dagegen, daß Absatz 1 und 2 des Artikels 48 der Reichsverfassung hier unbedingt als verflochten bezeichnet würden.

Der Vertreter Bayerns, **Staatsrat von Jan,** erklärt: Treupflicht der Länder steht nirgends in der Reichsverfassung. Die Exekution ist nur zulässig bei Verletzungen der Reichsverfassung durch die Länder.

Namens der badischen Staatsregierung gab **Ministerialrat Fecht** die Erklärung ab, daß er sich den Ausführungen des bayerischen Vertreters vollinhaltlich anschließe.

Professor Schmitt führte gegenüber den Erklärungen Professor Hellers u. a. aus: Der Artikel 48 dient dem Schutze gegen eine doppelte Gefahr für die Einheit des Reiches, einmal gegen die Vielgestaltigkeit und außerdem gegen die Parteizerrissenheit. Die Betonung der Selbständigkeit der Staaten und ihres Rechtes auf eine eigene Politik führt dazu, daß schließlich Politik gegen Politik, Staat gegen Staat und Ermessen gegen Ermessen steht. Der Kampf organisierter Parteien führt zur Zerstörung aller Vorstellungen von Treue und Loyalität, ohne die kein Staatswesen bestehen kann. Das ist festzustellen gegenüber der Erklärung des Vertreters der SPD, der die Meinung vertritt, daß innerpolitisch überhaupt keine Treuepflicht bestehen könne. Als das Deutsche Reich 1919 ein demokratischer Staat wurde und gleichzeitig ein Bundesstaat blieb, steigerten sich die Gefahren für die Einheit des Reiches gegenseitig, weil die Länder sich auf Parteien und die Parteien auf die Länder stützten, wie dies im Zusammenwirken von Bürgerkriegslage und Konfliktslage im vorliegenden Streitfall auch zum Ausdruck kommt. Um die Einheit des Reiches gegenüber dieser doppelten Gefahr zu schützen, gibt Artikel 48 dem Reichspräsidenten eine außerordentliche Machtfülle.

Ministerialdirektor Dr. Brecht: Der Artikel 48 Absatz 1 setzt zu seiner Anwendung Pflichtverletzung voraus. Ich richte die ganz klare Frage an die Vertreter der Reichsregierung, ob sie mit uns einig sind, daß Artikel 48 Abs. 1 wirklich diese Pflichtverletzung voraussetzt. Das Reich muß nämlich beweisen, daß eine Pflichtverletzung stattgefunden hat.

Der Reichsgerichtspräsident machte dann noch darauf aufmerksam, daß doch bedacht werden möge, wenn man den Absatz 1 des Artikels 48 ganz besonders eng auslege, so werde die Frage sein, ob der Artikel nicht eine entsprechend weitere Auslegung erfahren müsse. Die Möglichkeit, daß bei Fällen außerordentlicher Gefahr das Reich schnell eingreifen können müsse, habe ohne Zweifel den Schöpfern der Verfassung vorgeschwebt. Nun müsse gefragt werden, weshalb die Reichsregierung sich nicht mit der Anwendung von Absatz 2 begnügt habe und weshalb sie im vorliegenden Falle Absatz 1 und 2 zusammen angewendet sehen möchte.

Professor Heller weist darauf hin, daß auf Grund des bisher festgestellten Tatbestandes eine Pflichtverletzung Preußens sich keinesfalls konstruieren lasse.

Dann wurde dem Vorsitzenden

ein Antrag

des Freistaates Preußen, der sozialdemokratischen und der Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages überreicht, demzufolge dem Vorgehen der Reichsregierung gegen Preußen vom 20. Juli 1932

Verhandlungen mit den Nationalsozialisten über die Unterstützung des Kabinetts von Papen

durch sie vorausgegangen seien, bei denen ihnen in Aussicht gestellt worden sei die Aufhebung des Uniformverbots, die Aufhebung des Verbots der Sturmabteilungen, die Aenderungen der amtlichen Personalverhältnisse in Preußen in parteipolitischer Hinsicht, die Einsetzung „eines bewährten Mannes als Ministerpräsident oder Reichskommissar" in Preußen und die Umorganisation der inneren Verwaltung in Preußen unter starker Mitwirkung der nationalsozialistischen Kräfte. Ferner wird beantragt, über diese Tatsachen etwaigen Beweis zu erheben durch Vernehmung des Freiherrn von Gleichen, Adolf Hitlers, des Reichskanzlers von Papen, des Reichswehrministers von Schleicher und des Staatssekretärs Planck.

Gegen die Diktatur des Terrors

Eine Entschließung des Vereins deutscher Zeitungsverleger

Der Verein deutscher Zeitungsverleger hielt seine ordentliche Hauptversammlung in Berlin ab. Die Tagung beschränkte sich, dem Gebote der Zeit folgend, rein auf die sachliche Arbeit, und man nahm bewußt Abstand von den sonst üblichen gesellschaftlichen Veranstaltungen.

Der Vorsitzende, Kommerzienrat **Dr. Krumbhaar,** entwarf in einem großangelegten Vortrag ein Bild der Lage des deutschen Zeitungswesens in dieser Krisenzeit.

Im Anschluß daran wurden in ernster Aussprache die aus den verschiedensten Teilen des Reiches und aus den verschiedensten politischen Lagern immer stärker laut werdenden Beschwerden über die in Deutschland bisher unbekannte Anwendung von Mitteln des Terrors im Meinungskampf erörtert. Gegen diese Bedrängung sowohl der Zeitungen wie ihrer Leser und Inserenten faßte die Hauptversammlung folgende **Entschließung:**

„Mit dem Wachsen der Parteileidenschaft und mit der Verwilderung der politischen Kämpfe mehren sich die Fälle terroristischer Handlungen gegen die Meinungsfreiheit der Persönlichkeit. Dem Verein deutscher Zeitungsverleger gehen andauernd Mitteilungen zu über Versuche, durch Androhung persönlicher oder wirtschaftlicher Schädigungen schwerster Art weiten Kreisen der Bevölkerung die Zeitungen diktatorisch vorzuschreiben, die sie lesen müssen oder Zeitungen zu verbieten, die sie nicht lesen dürfen, wenn sie sich nicht den Folgen beruflicher Aechtung oder wirtschaftlichen Boykotts aussetzen wollen. Mit solchen ungeistigen Waffen soll in unzähligen Fällen des privaten Lebens erreicht werden, was mit den Mitteln der körperlichen Gewalt in den politischen Versammlungen erkämpft werden soll, nämlich nichts anderes als die Unterdrückung der freien Meinung durch die Mittel der Gewalt.

Durch solche Schreckmittel wird nicht nur die Freiheit der Presse gewaltsam und ungesetzlich hart eingeengt, es werden dadurch nicht nur die Zeitungen und ihre Leserschaft unmittelbar und mit gefährlichen Folgen bedroht, sondern durch die Spekulation auf die Schwäche und die Bedrohung mit schweren wirtschaftlichen, beruflichen und persönlichen Verletzungen eine immer weiter um sich greifende Korruption des öffentlichen Lebens geschaffen, die sich auch sittlich und kulturell schließlich gegen tiefe Lebensinteressen des deutschen Volkes auswirken muß.

Auf diese Gefahren die Bevölkerung und nicht zuletzt die Reichsregierung aufmerksam zu machen, erscheint uns dringend notwendig. Dem Terror muß die gesetzliche Gewalt, der Unterdrückung der Meinungsfreiheit die vereinte Ueberzeugungskraft aller derer entgegengestellt werden, die nicht wollen, daß in Deutschland die Sittenverwilderung unterdrückt und die Wirtschaft aufs schwerste geschädigt werde."

Als Ort der nächstjährigen Hauptversammlung wurde München gewählt.

Der Wahlkampf

Propagandafahrt Hitlers

Wie der „Völkische Beobachter" mitteilt, hat Adolf Hitler seine Propagndafahrt durch Deutschland, die fast vier Wochen dauern wird, begonnen. Er wird in über 60 Kundgebungen sprechen. Die Propagandareise nahm in Günzburg und Nördlingen ihren Anfang. Die Reise wird mit Flugzeug und Kraftwagen durchgeführt werden.

Eine Rede des Wirtschaftspartei-Vorsitzenden

In Nürnberg sprach in einer Versammlung der Wirtschaftspartei der Parteivorsitzende Drewitz über die Stellungnahme der Partei zu den Reichstagswahlen. Der Redner bezeichnete das Ergebnis der letzten Reichstagswahl als eine Frucht der politischen Kopflosigkeit. Die Wirtschaftspartei habe immer vor einer Politik gewarnt, die nicht auf die staatspolitischen Notwendigkeiten Rücksicht nehme. Ein Anlauf zur Besserung der Wirtschaftslage sei ohne Zweifel gegeben. Im großen und ganzen könne man sich mit dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung einverstanden erklären, in Einzelheiten könne man anderer Meinung sein. Bei den neuen Wahlen komme es darauf an, daß die parteipolitischen Schranken fallen und das Bürgertum sich einigt. Das Verantwortungsbewußtsein des Einzelnen müsse wieder geweckt werden. Der Redner drückte zum Schlusse sein Bedauern über das Scheitern der Bestrebungen eines Zusammenschlusses aller bürgerlichen Parteien aus.

Nationalsozialistische Wahlversammlungen in Düsseldorf verboten

Die Tel.-Union erfährt an zuständiger Stelle, daß der Polizeipräsident die bisher angemeldeten nationalsozialistischen Wahlversammlungen verboten hat. Hiermit ist über das Schicksal weiterer, bisher noch nicht angemeldeter Wahlversammlungen der NSDAP. nicht entschieden.

Das Verbot wird damit begründet, daß nach den bisher gemachten Erfahrungen (gesprengte deutschnationale Wahlversammlung am 7. d. M. in Düsseldorf) ein Teil Anhänger der NSDAP. bei Wahlversammlungen ein äußerst undisziplinertes Verhalten an den Tag gelegt habe und daher damit gerechnet werden müsse, daß von diesem Teil der Parteimitglieder schon beispielsweise einfache Zwischenrufe Andersdenkender mit Gewalttätigkeiten beantwortet werden könnten, durch die die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet werden würde.

Die Aufnahme der Kanzlerrede

Der Eindruck in München

Wohl selten, so heißt es in einer Conti-Meldung, hat ein Reichskanzler in München eine so außerordentlich starke Zustimmung bei einer Rede gefunden, wie sie Reichskanzler von Papen bei seinen programmatischen Darlegungen heute vor den bayerischen Wirtschaftsständen zu verzeichnen hatte. Besondere Zustimmung fanden während der Rede die Hinweise des Kanzerls auf die Verbundenheit des Reiches und seiner Länder und auf die Heiligkeit und Unantastbarkeit der deutschen Einheit. Zu minutenlangen stürmischen Kundgebungen, in denen die Versammelten mit Händeklatschen und Zurufen ihre Zustimmung zum Ausdruck brachten, kam es, als der Kanzler die Frage aufwarf, ob es nicht ein Verbrechen sei, die Aufbauarbeit der Reichsregierung aus armseligen Parteirücksichten heraus zu sabotieren, ebenso bei seiner Ankündigung, daß die Reichsregierung entschlossen sei, mit drakonischer Schärfe gegen solche Störungsversuche einzuschreiten. Stürmisches Händeklatschen und immer wieder erneute Kundgebungen der Zustimmung unterstrichen dann namentlich auch die Sätze des Reichskanzlers über das Wirken des Reichspräsidenten.

Vor dem Phöbuspalast hatten sich Ansammlungen gebildet, in denen vorwiegend jugendliche Nationalsozialisten und Kommunisten zu bemerken waren. Die Landespolizei war genötigt, mit einem starken Kommando einzugreifen, um den Straßenverkehr aufrecht erhalten zu können

Blätterstimmen zur Kanzlerrede

Zu der Rede des Reichskanzlers in München schreibt die „Kölnische Zeitung" unter der Ueberschrift „Reichspolitik in München". Gewisse Vorgänge der letzten Zeit wie die Kontingentierungspolitik und der Widerstand gegen die Sozialpolitik, hatten einen Reif auf die grünende Saat der Papenschen Regierungspolitik gelegt. Die Regierung brauchte eine Entlastung, sie ist ihr durch die Reichskanzlerrede zuteil geworden. In wirtschaftspolitischer Hinsicht ist eine Rückkehr zu den Grundgedanken von Münster festzustellen, das heißt praktisch ein Bremsen in der Kontingentierungspolitik. Die besondere Wärme des Reichskanzlers für die Fragen der Sozialpolitik ist nicht begleitet von eindeutiger Klarheit, wie Reformen und Verbesserungen geschaffen werden sollen. Hier fehlt insbesondere ein Eingehen auf den unausgeglichenen Reichshaushalt. Der Kernpunkt der Rede war, gemäß dem Tagungsort, verfassungspolitischen Dingen gewidmet und stark voller Widersprüche. Es ist nicht klar ersichtlich, wie der Reichskanzler unter Beibehaltung der Macht und Stellung des Reichspräsidenten als eines zentralen und unitarischen Organs ein neues föderatives und kollegialisches Element einfügen will.

Die „Kölnische Volkszeitung" führt u. a. aus: Die Rundfunkreden des Kanzlers sind immer von starker Wirkung und es steht fest, daß die Art dieses Mannes, die Mitgift seiner militärischen Provenienz in diesem Punkte zu handhaben der Deutlichkeit günstig ist. Außerdem hat der Mann Mut in seinen Dienstobliegenheiten, was ihm von nicht wenigen hoch angerechnet wird. Die Münchener Rede war in einigen Partien so offen, daß Mißverständnisse nicht entstehen können. Dies erleichtert die Stellung gegenüber einer Regierung, die mit einer Handbewegung das Parlament beiseite geschoben hat und die gesonnen zu sein scheint, bei der Nichtachtung der Volksvertretung zuerst zu beharren. Es ist durchaus begrüßenswert, daß die Regierung Papen sich mit Schneid gegen den Pessimismus wendet; in diesem Bestreben muß sie aufs lebhafteste unterstützt werden.

In ihrer Betrachtung zur Kanzlerrede in München hebt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" den sachlichen Inhalt der Rede hervor. Drei Punkte seien hier wesentlich: Die Tatsache einer Verminderung der Arbeitslosenziffer, die Hoffnung auf eine Verbesserung der sozialen Leistungen und der Plan einer Reichsreform. Im übrigen habe Herr von Papen auch in dieser Rede erkennen lassen, daß er mit zähem Willen und dem Einsatz aller Macht um sein Ziel kämpfe.

Die Mehrzahl der Morgenblätter beschäftigt sich in ausführlichen Artikeln mit der Münchener Rede des Reichskanzlers. Vor allem gehen die Zeitungen auf die Ausführungen über die Reichsreform ein.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" meint, daß die Regierung ihre sehr großen Pläne ohne den geschlossenen Willen der Nation nicht durchzuführen vermöge und nennt es deshalb erfreulich, daß der Kanzler ausdrücklich betont habe, sein Ziel sei nach wie vor die Vereinigung aller wahrhaft nationalen Kräfte.

Die „Börsenzeitung" unterstreicht den Gedankengang, die Geschicke des Vaterlandes von dem parlamentarischen System und der Parteibürokratie zu lösen.

Der „Tag" spricht von einem Programm der Tat. Die Rede sei eine kraft- und wirkungsvoll vorgetragene Zwischenbilanz der Regierung über ihre bisherigen Leistungen und Kämpfe verbunden mit einer Vorschau über die Pläne und Projekte der kommenden Regierungstätigkeit. Der neue Reichstag werde in den Reformplänen den Prüfstein für seine Existenzberechtigung finden.

Die „Vossische Zeitung" schreibt unter der Ueberschrift „Quo vadis?", was der Kanzler über die Grundlinien des Reformplanes gesagt habe, klinge präzise und sei verschwommen. Es scheine eindeutig und sei es nicht. Die Besorgnis, daß die Regierung sich reaktionären Plänen willfähig zeigen werde, sei alles eher als zerstreut worden.

Die „Germania" wertet die Rede als einen Auftakt zum Wahlkampf. Wenn auch die großen Umrisse der Verfassungspläne deutlich hervorgetreten seien, bleibe noch vieles ungeklärt. Was sei unter dem Begriff der „richtigen Verbindung mit dem Volke" zu verstehen? An diesem entscheidenden Punkt bleibe der Kanzler leider in einem undurchdringlichen Dunkel stecken.

Der „Vorwärts" fordert unter der Ueberschrift „Konterrevolution" die Organisierung des Widerstandes gegen die Regierung.

Die ideellen Hintergründe der Politik v. Papens

Im akademischen politischen Klub in München hielt Reichskanzler **von Papen** eine Ansprache über die ideellen Hintergründe seiner Politik.

Gegenüber dem reinen Machtstreben der Parteien und ihrer utopisch demagogischen Zielsetzung arenzte der Kanzler eine wahrhaft konservative Staatsführung ab, die auf

Erkenntnis der ewigen Grundwahrheiten des Lebens



Ministerpräsident Held mit dem Reichskanzler

Reichskanzler von Papen (links) wird von dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held (rechts) bei seiner Ankunft in München eingeholt. Hinten Staatssekretär Planck

beruhe. Der Reichskanzler umriß als Ziel seiner auswärtigen Politik ein harmonisches

Zusammenwirken der verschiedenen Kulturvölker

unter Anerkennung ihrer Eigenart. Dieses Ziel bedinge aber die Abweisung aller Versuche, die Welt in den starren Banden unabwendbarer Verträge zu halten.

Als sein Ziel in der Innenpolitik bezeichnete der Kanzler die Herstellung einer neuen

dauerhaften Verbindung zwischen Regierung und Volkswillen.

Er hob besonders

die Rolle der Jugend

bei dieser Neugestaltung des Staatslebens hervor. Die Arbeit, die sie bisher in ihren Bünden und Vereinen größtenteils im Gegensatz zum Staate geleistet habe, wolle die Reichsregierung jetzt in den Schutz des Staates nehmen. Ein Staat, der etwas Eigenes sei und nicht nur das Experiment der Parteien, könne den Anspruch erheben, daß auch die Jugend ihre Zielsetzung nach ihm einrichte, ohne daß er ihr Eigenleben vergewaltige. Die Aufgabe der deutschen Bildung sei weder in volksfremder Geistigkeit oder anarchischem Individualismus noch im Untertauchen in kollektive Massenbewegungen zu erfüllen. Die deutsche Kultur müsse ihre

völkische und christliche Grundlage

wiederfinden. Auch in Zukunft werde das freie Individuum seine Bedeutung behalten. Der Kanzler schloß mit dem Treitschke-Wort: „Männer machen die Geschichte".



Hummel

Die Ehefrau des Schneiders Karl Ignatz Hummel erzählte einem Berichterstatter der Tel.-Union, daß Hummel mit ihrem Sparkassenbuch durchgegangen sei, worauf sie die Ehescheidungsklage eingereicht habe. Ihr Mann sei ein tüchtiger Schneidermeister gewesen. Not hätten sie nicht gelitten. Hummel hätte leidenschaftlich gern Kriminalromane gelesen und Kriminalfilme gesehen. Seine Einnahmen habe er für sich verbraucht. Vor der Flucht sei er sehr nervös gewesen. Eines Morgens habe er erzählt, daß er nach Straßburg gehe, wo ihm eine gute Stellung angeboten worden sei. Allerdings müsse er Kaution stellen. Sie habe darauf für ihn das nötige Geld flüssig gemacht. Durch einen Wanderburschen seien ihr Ende Juni Grüße ihres Mannes aus Italien mit der Mitteilung überbracht worden, daß er bald zurückkehren werde.

Ablehnung der Auflösung des Danziger Volkstages

In der Volkstagsitzung in Danzig wurde der von den Nationalsozialisten und Kommunisten eingebrachte Antrag auf Auflösung des Volkstages mit den Stimmen der Deutschnationalen, des Zentrums, des Blocks der nationalen Sammlung und der Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Zusammenstöße

Die Dorfschlacht an der Ahr

Zu den blutigen Vorfällen in Lohrsdorf wird noch berichtet, daß zwischen den Nationalsozialisten aus Bad Neuenahr und Ahrweiler einerseits und den Kommunisten aus Lohrsdorf andererseits seit langer Zeit eine erbitterte Gegnerschaft besteht, die durch gelegentliche Hänseleien ständig auf den Siedepunkt gehalten wurde. Die polizeiliche Untersuchung hat kein Ergebnis gebracht.

Ruhestörungen in Altona. — 37 Verhaftungen

Aus Altona wird berichtet: Im Stadtteil Ottensen kam es zu Ruhestörungen. Die einschreitenden Polizeibeamten wurden mit Steinen beworfen. Als aus der Menge ein Schuß fiel, zogen die Beamten die Waffe, worauf die Angriffe eingestellt wurden. Die Ruhestörer waren, laut Polizeibericht, Nationalsozialisten, größtenteils uniformierte SA.-Leute. Die Durchsuchung nach Waffen blieb ergebnislos. Es erfolgten 37 Verhaftungen.

Neue Anklageerhebung in der Straffache Kolonie Felseneck

In der Straffache wegen des Zusammenstoßes in der Berliner Kolonie Felseneck in der Nacht zum 19. Januar 1932 hat die Staatsanwaltschaft gegen den Schlosser Wenzel Anklage erhoben wegen Totschlags an dem Kunstmaler Ernst Schwarz und wegen versuchten Totschlags an dem Werkzeugschleifer Bernhard Wittkowski. Wenzel war zur Zeit der Tat vertretungsweise politischer Leiter des **Kampfbundes** gegen den Faschismus. Das **Landgericht hat** das Hauptverfahren eröffnet.

Forderungen des preußischen Handelsausschusses

Im Handelsausschuß des Preußischen Landtags wurde ein Antrag der nationalsozialistischen Fraktion angenommen, der die

Schließung des Erwege-Geschäftes in Osnabrück,

Große Straße 63-64, fordert, da es sich hierbei um ein entgegen den Vorschriften der Reichsnotverordnung vom 9. März errichtetes Einheitspreisgeschäft handele.

Angenommen wurde ferner ein nationalsozialistischer Antrag, der sich mit der

wirtschaftlichen Lage der Kleingewerbetreibenden

beschäftigt und hervorhebt, daß durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 dem Kleingewerbe trotz seiner überaus schweren Lage eine weitere schwere Last auferlegt worden sei. Diese Verordnung solle aufgehoben werden. Weiter solle das Staatsministerium bei der Reichsregierung darauf hinwirken, daß die Verordnung des Reichspräsidenten vom 9. März, die die

Errichtung von Einheitspreisläden

in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern gestattet, dahin abgeändert werde, daß die Errichtung von Einheitspreisläden im Interesse des Mittelstandes allgemein untersagt wird.

Der „Daubmann"-Schwindel

„Daubmanns" Entlarvung

In einer Pressebesprechung machte Regierungsrat Ramsperger vom Landespolizeiamt Karlsruhe Mitteilungen über die Entlarvung des Schwindlers „Daubmann". Verschiedene Anzeichen, erklärte er, sprachen dafür, daß nicht alle Angaben „Daubmanns" stimmten. Im Laufe der Zeit meldeten sich immer mehr Leute, die den angeblichen Daubmann in der Fremdenlegion bzw. in Afrika gesehen haben wollten. Es wurde daraufhin beschlossen, am Montag „Daubmann" erneut zu vernehmen. Er wollte zunächst keine Angaben machen und verschanzte sich wieder hinter den italienischen Dampfer, den er nicht nennen wollte, um sein Wort nicht zu brechen. Es erfolgte dann eine Gegenüberstellung mit einem Manne namens Krüger aus Essen, der „Daubmann" in der Fremdenlegion gesehen haben wollte. Als Krüger das Zimmer betrat, fiel auf, daß „Daubmann" den Mann fast anschrie: „Den Mann kenne ich nicht!" „Daubmann" war es ersichtlich unangenehm, daß man jeder seiner Bemerkungen nachging. Der angebliche Bajonettstich hat sich als eine ganz gewöhnliche Magenoperation herausgestellt.

Auf Grund der Fingerabdrücke, fuhr Regierungsrat Ramsperger fort, ist es dann am anderen Tage gelungen, festzustellen, daß es sich nicht um Daubmann, sondern um den Schneider Karl Ignatz Hummel handelt. Das steht mit unumstößlicher Sicherheit fest.

Hummel ist am 9. März 1899 in Oberwil im Kanton Basel geboren und war in Hofweiler bei Offenburg ansässig.

Regierungsrat Ramsperger hat schließlich „Daubmann" auf den Kopf zugesagt: „Guten Tag, Herr Hummel". Hummel leugnete zunächst hartnäckig, bis er sich doch zu einem Geständnis bequemte. Er ergab sich weiter, daß Hummel in Offenburg verheiratet ist und schon seit längerer Zeit von seiner Frau getrennt lebt. Hummel gab zu, daß er 1909 und 1910 in Endingen die Volksschule besuchte und dort mit Oskar Daubmann zusammenkam, mit dem er befreundet war. Hummel wußte auch, daß Daubmann im Weltkrieg gefallen ist. Hummel ist nie in Afrika gewesen.

Regierungsrat Ramsperger schilderte die Festnahme Hummels, der schon mehrfach im Gefängnis gewesen ist und sich dort gut auskennt. Durch einen Zufall gelang es, Hummels Aufenthalt zu ermitteln. Hummel war auf der Rückfahrt mit dem Auto von Rheinfelden nach Freiburg Zeuge eines Kraftwagenunfalls, nahm den Verletzten ins Auto und lieferte ihn ins Krankenhaus Freiburg ab. Es galt nun, Hummel als Zeuge für den Kraftwagenunfall zu suchen, was schließlich in einer Wirtschaft gelang. Hummel leugnete zunächst hartnäckig, bequemte sich dann aber zu einem Geständnis, nachdem ihm gedeutet worden war: „Ihr Spiel ist verloren, Sie haben keine Karte mehr in der Hand."

Es ergab sich weiterhin, daß Hummel ständig in der Angst schwebte, seine Frau würde ihn unter Umständen erkennen. Er gab zu, daß er in den Jahren 1909 und 1910 in Edingen die 6. und 7. Volksschulklasse besuchte und dort mit Oskar Daubmann zusammenkam, mit dem er befreundet war. Hummel wußte auch, daß Daubmann im Weltkriege gefallen ist. Er betrieb nach seinen Angaben von 1930 bis zum Mai 1932 in Offenburg ein eigenes Geschäft. Als dieses nicht mehr ging, setzte er sich auf sein Fahrrad und fuhr nach Neapel. In Neapel ging das Fahrrad in Trümmer und Hummel kam auf die Idee, jetzt die Geschichte mit Afrika zu erzählen, um durch Vermittlung des Konsulats kostenfrei in die Heimat zu kommen. Hummel ist nie in Afrika gewesen. Er hat beim Infanterieregiment Nr. 110 in Mannheim gedient und war im Jahre 1916 in Freiburg am Magen operiert worden.

Hummel erklärte, er hätte ursprünglich die Absicht gehabt, sobald er in Deutschland war, sofort unbemerkt zu verschwinden. Als er aber erlebte, wie feierlich er empfangen und von einem zum anderen Empfang geschleppt, habe er sich eines anderen besonnen. Man sei später wiederholt an ihn herangetreten, auch Vorträge zu halten, die man ihm aufschrieb und die er auswendig lernen mußte. Hummel erklärte dazu: „Mir war die Sache schon lange zu dumm. Ich wußte aber nicht, wie ich aus der Geschichte herauskommen sollte." Seine Kenntnis über Afrika rührte daher, daß er sich eingehend mit einschlägiger Literatur beschäftigte und sich Ansichtskarten beschaffte.

*

Die Frau Hummels gab dem Berichterstatter des CNB. in einem Gespräch Einzelheiten über die Persönlichkeit ihres Mannes. Als ihr einige Zeitungsbilder des falschen Daubmanns vorgelegt wurden, erklärte sie: „Das ist der Schneider, das ist Hummel, mein Mann", und war noch hocherfreut, daß er wiedergefunden worden ist.

Die Eltern des toten Daubmann sind am Dienstagabend schonend darauf aufmerksam gemacht worden, daß sie einem groben Schwindel zum Opfer gefallen sind.



s Karl Ignatz Hum-
rstatter der Tel.-
em Sparkassenbuch
die Ehescheidungs-
Mann sei ein tück-
en. Not hätten sie
leidenschaftlich gern
Kriminalfilme ge-
be er für sich ver-
er sehr nervös ge-
e er erzählt, daß er
eine gute Stellung
ings müsse er Kau-
für ihn das nötige
einen Wanderbur-
rüße ihres Mannes
ng überbracht wor-
werde.

flösung des
stages

Danzig wurde der
und Kommunisten
flösung des Volks-
Deutschnationalen,
nationalen Samm-
en gegen die Stim-
nt.

öße

der Ahr

in Lohrsdorf wird
en Nationalsoziali-
lhrweiler einerseits
Lohrsdorf anderer-
itterte Gegnerschaft
Hänseleien ständig
wurde. Die polizei-
rgebnis gebracht.

37 Verhaftungen

Im Stadtteil Ot-
gen. Die einschrei-
n mit Steinen be-
ein Schuß fiel, zo-
orauf die Angriffe
störer waren, laut
isten, größtenteils
Durchsuchung nach
erfolgten 37 Ver-

Strafsache Kolonie

s Zusammenstoßes
neck in der Nacht
Staatsanwaltschaft
Anklage erhoben
Kunstmaler Ernst
ten Totschlags an
hard Wittkowski.
t vertretungsweise
undes gegen den
hat das Hauptver-

reußischen
usses

Preußischen Land-
ionalsozialistischen
e

beschäftes in

da es sich hierbei
iften der Reichs-
errichtetes Ein-

ein nationalsozia-
der

Kleingewerbe-

ß durch die Ver-
n vom 14. Juni
seiner überaus
hwere Last auf-
dnung solle auf-
das Staatsmini-
g darauf hinwir-
Reichspräsidenten

spreisläden

000 Einwohnern
rde, daß die Er-
im Interesse des
sagt wird.

Um die Arbeit

Einstellungen

Vor dem Arbeitsgericht in Essen fand Termin gegen die Reichsbahn statt. 30 entlassene Arbeiter klagten auf Wiedereinstellung. Die Mehrzahl von ihnen hatte im Vergleichswege Erfolg, da das neue Beschaffungsprogramm der Reichsbahn ihre Wiederindienstnahme gestattet. Einige Arbeiter, die nicht mehr voll verwendungsfähig sind, erhielten ebenfalls im Vergleichswege entsprechend ihren zurückgelegten Dienstjahren Entschädigungen zugesprochen.

Die Abteilung Hüsten der Vereinigten Stahlwerke hat 220 Arbeiter neu eingestellt. Ueber die Hälfte hat die Arbeit bereits aufgenommen. Die übrigen Arbeiter werden in den nächsten Tagen in den Betrieb eintreten. Ab Mittwoch begannen fast sämtliche Abteilungen des Betriebes mit der 6-Stunden-Schicht. Eine Kürzung der Löhne ist jedoch, wie der RWP.-Dienst berichtet, nicht beabsichtigt.

*

Wie nach einer Meldung aus Osnabrück verlautet, werden demnächst bei den Klöcknerwerken rund 700 Arbeiter neu eingestellt.

*

Die Verwaltung der Rheinischen Kalksteinwerke GmbH., Wülfrath, nimmt für die Abteilung Flandersbach zurzeit etwa 150 bis 160 Neueinstellungen von Arbeitern vor. Diese Neueinstellungen erfolgen zum Teil auf Grund der Notverordnung, sind aber auch durch vermehrten Auftragseingang begründet. Die Arbeitszeit wird von 50 bezw. 52 auf 40 bezw. 42 Stunden für alle Arbeiter gekürzt. Eine Lohnkürzung ist jedoch vorläufig nicht vorgesehen.

Ausstände

Aus Dortmund, 12. Okt., wird berichtet: Dienstag waren von der 128 Mann starken Belegschaft des Hammerwerks von der Becke, das zum Hoesch-Konzern gehört, wieder nur 78 Arbeiter erschienen. Unter ihnen befanden sich 37 Mann der alten Belegschaft und 41 Mann, die bereits für Streikende neu eingestellt wurden. Nach Arbeitsschluß sammelten sich in der Nähe des Werks die Streikenden mit Gesinnungsgenossen — ungefähr 200 Personen — an. Die Schutzpolizei zerstreute die Ansammlung und begleitete die Arbeitswilligen nach ihren Wohnungen. Zwei Arbeiter, die sich von dem Haupttrupp abgesondert hatten, wurden überfallen und durch Stockschläge verletzt. Auch drei weitere Arbeiter, die das Werk später verlassen hatten, wurden auf ihrem Heimwege angegriffen, sie konnten aber entkommen.

*

Auf dem Duisburger Kabelwerk sind am Dienstag 26 Mann zur Arbeit erschienen. Der übrige Teil der rund 300 Mann starken Belegschaft streikt weiter. Auf der auf der Bezilushütte in Duisburg-Warnheim vorgenommenen Geheimabstimmung hat die Belegschaft mit einem Gesamtergebnis von 5:1 sich gegen einen Streik ausgesprochen.

*

Verwendet deutsche Erzeugnisse

Der RWB.-Dienst verbreitet folgende Darlegungen: Die Reichsregierung hat im Rahmen des Wirtschaftsprogramms 700 Mill. RM. für öffentliche Arbeiten bewilligt. Davon sind u. a. bereits 100 Mill. RM. zur Straßenerneuerung zur Verfügung gestellt. In den Vorschriften über ihre Durchführung wird bestimmt, daß nach Möglichkeit nur inländische Baustoffe zu verwenden sind. Seit Erlaß der Durchführungsbestimmungen mehren sich die Darstellungen, daß die aus ausländischem Rohöl in Deutschland gewonnenen Bindemittel für Straßen zu den inländischen Baustoffen zu rechnen seien; ihre Gewinnung im Inland brächte „volkswirtschaftliche Gewinne". Solche Berechnungen schaffen nicht die Tatsache aus der Welt, daß Asphaltbitumen aus dem Auslande, zum Teil fertig und der Rest als Rohöl, eingeführt wird. Dadurch fließen Steuergelder ins Ausland und schaffen ausländischen Arbeitern Verdienst, während unsere Arbeitslosen weiter darben müssen. Das gleiche gilt bei der Einfuhr schwedischer Pflastersteine. Die Absatznot der Pflastersteinindustrie in Ostbayern, Schlesien und dem Westerwald ist bekannt. Die trostlose Lage der Steinarbeiter darf unter keinen Umständen durch Einfuhr von Pflastersteinen verschlimmert werden. Auch die deutsche Teerindustrie leidet unter Absatzmangel. Obwohl sie in der Lage ist, den deutschen Bedarf an Straßenbindemitteln reichlich zu decken, werden große Mengen von Auslandsbitumen eingeführt. Die deutsche Teerindustrie gewinnt ihren Teer aus deutscher Steinkohle, bei deren Förderung heute noch rund 300 000 Bergleute beschäftigt sind. Die Erlöse aus dem Teer kann der notleidende Bergbau nicht entbehren. Der deutsche Straßenteer darf nicht durch eingeführte Rohstoffe aus seinem natürlichen Absatzgebiet, dem deutschen Straßenbaustoffmarkt, verdrängt werden, selbst wenn im Augenblick noch gewisse Ausfuhrmöglichkeiten für deutschen Teer vorhanden sind.

Kleine politische Nachrichten

Reichsminister Freiherr von Braun bei den Landfrauen

Auf der Tagung des Verbandes der landwirtschaftlichen Hausfrauen hielt Reichsernährungsminister Freiherr von Braun eine Rede, in der er die außerordentlich wichtige Rolle der Landfrau im Wirtschaftsbetrieb hervorhob. Der Minister wies ferner auf die Gefahren des Geburtenrückganges hin, der in der Zukunft auch die Entwicklung der deutschen Landwirtschaft bedrohen müßte.

Keine Wintersportkarten der Reichsbahn

In einigen Zeitungen wird behauptet, die Reichsbahnverwaltung werde im kommenden Winter Wintersportkarten ausgeben. Wie wir aus Kreisen der Reichsbahnhauptverwaltung erfahren, ist dort von derartigen Plänen nichts bekannt.

Oesterreich verhandelt in London mit den Auslandsgläubigern der Kreditanstalt

Bundesminister Dr. Rintelen ist zu Unterhandlungen mit den Auslandsgläubigern der Kreditanstalt in Begleitung des Ministerialrates Dr. Rizzi und des Generaldirektors von Hengel über Berlin nach London abgereist.

Subventionierung der schweizerischen Milchwirtschaft

Der Bundesrat der Schweiz hat dem Zentralverband der schweizerischen Milchproduzenten für die Zeit vom 1. Mai 1932 bis 30. April 1933 eine Subvention von 6 Millionen Schweizer Franken gewährt.

Keine Ruhe in der englischen Textilindustrie

Der englische Arbeitsminister hat an die Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber der Spinnereiindustrie eine Einladung ergehen lassen, an einer Baumwollkonferenz am 13. 10. in Manchester teilzunehmen, die von dem Vertreter des Arbeitsministers, Leggett, geleitet werden soll. Leggett hat sich im jüngsten Arbeitskonflikt in der Baumwollindustrie hervorgetan. Die Arbeitsruhe in diesem Zweig ist noch immer nicht völlig stabilisiert. Wegen der noch strittigen Frage der Gehaltskürzungen wollen im Laufe der kommenden Woche 170 000 Spinner in den Streik treten, um so die baldige Lösung des Streites zu erzwingen.

Barrikaden in Belfast

In Belfast nahmen am Dienstag im Laufe des Nachmittags die Unruhen einen derartigen Umfang an, daß die Stadt durch einen Polizeikordon abgesperrt werden mußte. An einer Stelle der Stadt wurden von den Aufrührern Gräben aufgeworfen und Barrikaden errichtet. Zu wiederholten Malen mußte die Polizei zum Angriff übergehen, um die Ansammlungen der Aufwiegler zu zerstreuen. Die Beamten wurden mit einem Steinhagel empfangen. Durch eine Verfügung ist das Betreten der Straßen zwischen 11 Uhr abends und 5 Uhr morgens verboten worden. Der Zutritt zur Stadt ist gesperrt und der Autobus- und Straßenbahnverkehr eingestellt worden. Am späten Abend brachen drei Brände aus, die auf Böswilligkeit zurückzuführen sein dürften. Eine große Zahl Straßenlaternen wurde zertrümmert, so daß die Polizei sich elektrischer Scheinwerfer bedienen mußte. Mehrere Geschäfte wurden geplündert.

Erst nach Mitternacht trat Ruhe ein. Nur in einem Bezirk wurde noch auf die Polizei geschossen, sobald sie sich zeigte. In diesem Bezirk streifen noch Panzerwagen durch die Straßen. Der Bestand der Belfaster Polizei ist durch weitere 500 Mann, die am Abend aus der Umgebung in der Stadt eintrafen, auf 2500 verstärkt worden. Im ganzen befinden sich 31 Personen in den Belfaster Krankenhäusern.

Aus Belfast, 12. Okt., wird dann berichtet: Die Unruhen sind heute in mehreren Stadtteilen wieder aufgelebt. Gegenwärtig sind mehr als 3000 Polizeibeamte an den Stellen, wo Gefahr droht, eingesetzt. Ueber 70 Personen sind bereits verhaftet worden. Zu einem Feuergefecht kam es an einer Stelle, wo die Demonstranten einen Brotwagen zu berauben versuchten. Nach den bisherigen Meldungen ist dabei niemand ernstlich verletzt worden. In einzelnen Stadtteilen sind die Ruhestörer dazu übergegangen, Barrikaden zu errichten

Das erste Funkbild von den Straßenkämpfen in Belfast



Unser Funkbild zeigt einen Panzerwagen und Polizisten in einer Straße von Belfast. Die Straßen sind menschenleer, da zwischen 11 Uhr abends und 5 Uhr morgens niemand die Häuser verlassen darf

London oder Genf

Der Reichsaußenminister geht nicht nach Genf

Reichsaußenminister Freiherr von Neurath hat dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz auf die Frage, ob er in der nächsten Zeit nach Genf kommen werde, in verbindlichen Worten geantwortet, daß die Reichsregierung inzwischen eine Einladung der englischen Regierung zu einer Besprechung nach London erhalten und offiziell angenommen habe. Unter diesen Umständen sei es dem Reichsaußenminister nicht möglich, anderweitig zu disponieren.

Neuer britischer Abrüstungsplan

In politischen Kreisen Londons verlautet, wie News Chronicle berichtet, daß Macdonald dem französischen Ministerpräsidenten bei dessen Besuch einen neuen britischen Abrüstungsplan unterbreiten werde.

Die Ansicht bekannter englischer Persönlichkeiten

Times veröffentlichen ein längeres Schreiben zur Abrüstungsfrage, das von vielen bekannten Persönlichkeiten des britischen öffentlichen Lebens unterzeichnet ist, u. a. von Lord Cecil, Lloyd George, Lord Grey und Sir Walter Layton. In dem Schreiben wird gesagt, daß an der moralischen Verpflichtung zur allgemeinen Abrüstung kein Zweifel bestehe. Bei der gegenwärtigen Lage seien nur drei Auswege möglich, entweder derartig weitgehende Abrüstung, daß die Welt und die gemäßigteren Kreise in Deutschland befriedigt sind, oder ein einseitiges Vorgehen Deutschlands oder eine Vereinbarung über ein begrenztes Aufrüsten Deutschlands. Die Unterzeichner des Briefes sprechen sich entschieden für das erste Verfahren aus, für das Präsident Hoover und Mussolini mit ihren Vorschlägen eine Grundlage gegeben hätten.

Times an Herriot über die deutsche Gleichberechtigungsforderung

In einem an die Adresse des französischen Ministerpräsidenten gerichteten Begrüßungsartikel weisen Times auf die allgemeine Stimmung der britischen Oeffentlichkeit hin, die in gewissem Sinne zweifellos den deutschen Anspruch auf gleiche Rechtsstellung unterstütze. Aber dies sei eine ganz andere Sache als Gleichheit der Rüstungen. Die öffentliche Meinung Englands glaubt nicht, fährt das Blatt fort, an die Möglichkeit wirksamer Zusammenarbeit zwecks Abrüstung oder zur Förderung des Friedens, solange ein Teilnehmer an der Aussprache als untergeordnet in seiner Stellung oder in seinen Rechten gilt. Das Blatt übt Kritik an den jüngsten Kundgebungen in Deutschland, die es als militaristisch bezeichnen zu können glaubt, und zeigt eine gewisse Wirkung der französischen Propaganda, indem es erklärt, es begreife vollauf die tiefe Unruhe Frankreichs.

Die öffentliche Meinung Englands ist, betonen Times, der Ansicht, daß eine Anerkennung des Grundsatzes der gleichen Rechtsstellung auf der Grundlage der Verminderung und nicht der Vermehrung der Rüstungen erfolgen muß. Sie ist gegen alle einseitigen Verpflichtungen und vor allem gegen alle separaten militärischen Allianzen, die nach ihrer Ansicht mehr Gefahren hervorrufen als verhüten.

Donnerstag, Freitag und Samstag

Doppelte Rabattmarken außer Zucker Naturbutter und Eier

Holländer, vollfett	Pfd. 68 Pfg.		Plockwurst, prima	Pfd. 105 Pfg.	
Edamer, vollfett	„ 75 „		Leberwurst, beste	„ 100 „	
Mai-Gouda 45%	„ 88 „		Blutwurst, beste	„ 85 „	
Emmentaler, vollfett	„ 100 „		Hausm. Blut- u. Leberwurst	„ 40 „	
Schweizerkäse, vollsaftig	„ 98 „		Fleischwurst, feinste	„ 90 „	
Limburger Stangenkäse	„ 45 „		Bratwurst, feinste, ger.	„ 89 „	
Margarine, frisch	„ 27 „		Speck, dick, fett	„ 78 „	
Gek. Schinken	1/4 Pfd. 32 Pfg.		Holl. Vollheringe	10 Stück 45 Pfg.	
Westf. Rohschinken	1/4 „ 38 „		Sauerkraut	Pfd. 8 „	

Hausfrauen, prüfen Sie die feine Hamka-Margarine das Pfund 45, 55, 65, 75 Pfg.

Zu jedem Pfund ein Gutschein. Bei Rückgabe von 20 Gutscheinen 1 Mk. in bar.

Sie sparen also 1 Mk. schnell nebenbei durch Hamka-Margarine und Kaffee-Bargeld-Gutscheine.

HAMBURGER KAUFHAUS
FRANZ BREMER, BURSCHEID

DRUCK-SACHEN
liefert die
Buchdruckerei ds. Ztg.

Freiw. Feuerwehr
Löschzug 4 Paffenlöh.
Freitag, 14. Oktober, abends 9 Uhr,
Versammlung
Adams, Brandmeister.

Prima Hammelfleisch
von besten Weidetieren
70 und 80 Pfg. das Pfund
Freitagnachmittag abzugeben.
Bestellungen
Burscheid, Hauptstraße 92
und Telefon 530.

Empfehle mich im
Flicken und Stopfen
pro Tag 1—1,50 Mark.
Näheres in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Wohnhaus
in Kleinhamberg (8 Zimmer) mit Stall, Scheune, Garten und Baumhof zu verkaufen. Wohnung (4 Zimmer) kann sofort bezogen werden.
Angebote unter „P 2" an die Geschäftsstelle dieser Ztg.

Haus
möglichst mit Garten in Burscheid zu kaufen gesucht.
Angebote unter **B. L. 66** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

BMW - Imperia
und
FN Motorräder
von 695 Mark an. (Steuerfrei).
Willy Hausmann
Nagelsbaum, Fernsprecher 496.

Bekanntmachung

über die Offenlegung des Wählerverzeichnisses für die am 6. November 1932 stattfindende Reichstagswahl.

Das Wählerverzeichnis ist von Sonntag, den 16. bis einschließlich Sonntag, den 23. Oktober 1932, im Rathaus, Zimmer 10, an den Wochentagen während den üblichen Dienststunden und an den beiden Sonntagen von 9 bis 12 Uhr, zu jedermanns Einsicht ausgelegt. Einsprüche gegen die Richtigkeit des Verzeichnisses können bis zum Ablauf der Auslegungsfrist bei mir schriftlich oder zu Protokoll angebracht werden.

Burscheid, den 11. Oktober 1932.

Der Bürgermeister: Rohde.

Bekanntmachung

Durch Erlaß des Herrn Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 22. 9 1932 ist der Schulrat Hövelmann aus Peine zum 1. 10. 1932 in gleicher Eigenschaft in den Schulaufsichtskreis Rhein-Wupper 2 versetzt worden. Der dienstliche Wohnsitz befindet sich in Remscheid-Lennep.

Opladen, den 8. Oktober 1932.

Der Landrat: Trimborn.

4 K. 119/31/5.

Am **19. Oktober 1932,** 10 Uhr, sollen an der Gerichtsstelle, Gerichtsstraße 9, Zimmer Nr. 17, die im Grundbuche von Witzhelden, Band 16, Blatt Nr. 706 (Eigentümer: Fräulein Minna Richter, in Witzhelden-Höhscheid) eingetragenen Grundstücke:

Gemarkung Witzhelden, Flur 6.

Parz. Nr. 1724/341, Höhscheid Nr. 17, bebauter Hofraum, groß 7,88 Ar, Gebäudesteuerrolle Nr. 147, mit 150.— Mark Nutzungswert,

Parz. Nr. 1725/341, Höhscheid, Garten, groß 6,90 Ar, mit 1,08 Taler Reinertrag,

Parz Nr. 1726/346, Höhscheid Nr. 17, Hausgarten, groß 8,48 Ar, Gebäudesteuerrolle Nr. 147,

Parz. Nr. 1727/426, Hinter der Scheune, Acker, groß 1,02,02 Hektar, mit 8,10 Taler Reinertrag,

öffentlich zwangsweise versteigert werden.

Amtsgericht Opladen.



Zum Waschen u. Putzen

stets Dr. Thompson's Schwan benutzen. Es gibt nichts Besseres, Billigeres und Unschädlicheres als Dr. Thompson's Schwan-Seifenpulver. Verwenden Sie das besonders sparsame Doppel-Paket, es kostet nur 44 Pfg.

Zum Bleichen u. Klarspülen der Wäsche Seifix. Paket 14 Pfg.

1 Mantelofen, 2 Kleiderständer, 4 Spiegellampen für Schaufenster, 24 Holzkarton für Laden, 6 Knabenanzüge, Größe bis 42, 2 Knaben-Ulster, Größe 4 und 5, 1 Ulster, Größe 44, 1 Ulster, Größe 50

sehr billig zu verkaufen.

Friedrich Spies, Burscheid, Hauptstr. 98
(im Hause des Herrn Max Pott).

Weine Weinbrand Liköre

Fernruf 601 **P. Hamacher, Burscheid** Hauptstr. 1b

Alter Berg. Korn .... o. Gl. Liter **2.25 RM**

wer - wie - wo
was ist
karzentra?

ein neuer weg zur verbilligung ihrer lebenshaltung.

für alle kreise richtig!
für alle käufer wichtig!

karzentra ist der neue kaufhaustyp für alle bedarfsartikel, auch für lebensmittel!

karzentra vermeidet jede luxuriöse aufmachung, daher verbilligung aller waren

karzentra bietet durch zentrale disposition das ganze jahr hindurch überragende spitzenleistungen!

karzentra ist die bequemste, zeitgemäße einkaufsstätte für alle bedarfsartikel!

karzentra ist führend durch dauernde höchstleistung, großen umsatz und kleinsten nutzen!

wo und wann kommt karzentra

eröffnung
freitag, 14. okt., nachm. 3 uhr
sie müssen dabei sein!

karzentra

ist rudolph karstadt, a.g., in r.-lennep

Bergischer Volksbote

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid

Burscheider Zeitung

Nr. 241 2. Blatt Donnerstag, 13. Oktober 1932

Dämmerstunde - Märchenzeit

Auch wenn es der Kalender nicht sagte, ein Blick hinaus zum Fenster oder ein Gang durch die Straßen und Anlagen der Stadt, eine Stunde draußen vor den Toren im Anblick der kahlen Felder, der fernen Waldsäume voll buntem Laub, des matten, schräg fallenden Sonnenlichts, alles predigt uns das Gleiche: Der Winter naht! Schon zeitig senkt sich die Dämmerung über unsere Stadt und ein kühler Wind streicht durch die Straßen. Die Menschen besinnen sich wieder auf die Behaglichkeit ihrer vier Wände. Auch diese Zeit im gemütlich durchwärmten Zimmer hat manches für sich. Wenn sich draußen der zarte, blaugraue Schleier über Stadt und Land legt, dann lebt mit einem Schlage die Poesie des knisternen Ofenfeuers auf. Verschwimmend in linienlosen Umrissen bauschen sich gespenstisch die Möbel des Zimmers ins Halbdunkel.

Dämmerstunde — Märchenherrlichkeit. Die rastlose Geschäftigkeit unserer Tage hat diese Begriffe hinweggefegt. Und doch wuchsen nicht die Lebensziele deutscher Knaben und Mädchen aus solchen Märchendämmerstunden im Ofenwinkel vor Mutters Stuhl? Mahnt nicht des haltlos verwirrten Vorwärtshastens kahle Glücksarmut den Sehenden dazu: gib deinen Kindern das einzige, was keine Lebensnot ihnen nehmen kann, ein Stück Traumgold seliger Kindertage? Und lockt nicht des neuen Herbstes früher Sommerabschied, die kühlere Luft, der herb rieselnde Regen uns wieder zur Dämmerstunde in die Traulichkeit der vier Wände? Wir leben in Feuersnot! Die uns Lichtquelle sind, die „schwarzen Diamanten", die Kohlen, sind kostbar geworden.

Sollten darum nicht viele, denen die Arbeit es erlaubt, sich auf die heimliche Schönheit, den stillen Reichtum der Dämmerstunde besinnen? Vor allem ihr, deutsche Mütter, die ihr berufen seid, eines glückarmen Geschlechtes Hüterinnen zu sein, nützt die Dämmerstunde, wie sie eure Mütter und Großmütter nützten, als sie in ihr den Kindern der deutschen Sagen und Märchen ewigen Reichtum schenkten, und dazu das tiefwurzelnde Gefühl für den Frieden eines stillen, gesegneten Heims.

Aus der Heimat

Die Wählerlisten liegen auf

Das Wählerverzeichnis für die am 6. November 1932 stattfindende Reichstagswahl ist von Sonntag, den 16. bis einschließlich Sonntag, den 23. Oktober, im hiesigen Rathaus, Zimmer 10, an den Wochentagen während den üblichen Dienststunden und an den beiden Sonntagen von 9 bis 12 Uhr zu jedermanns Einsicht ausgelegt. Einsprüche gegen die Richtigkeit des Verzeichnisses können bis zum Ablauf der Auslegungsfrist beim Bürgermeister schriftlich oder zu Protokoll angebracht werden.

Zur Senkung des Brotpreises

Das Landratsamt schreibt uns:

Zum Ausgleich der in einzelnen Teilen des Bezirks bei der Durchführung der Verordnung vom 24. 9. 1932 entstehenden Härten, hat sich der Herr Regierungspräsident entschlossen, vorerst eine mindestens 5prozentige Senkung der Brotpreise (wenigstens aber eine Senkung um 2 Pfg. pro kg.) zu verlangen. Die nachgeordneten Behörden (Preisüberwachungsstellen) haben entsprechende Anweisung erhalten.

Regenschirm stehen geblieben

In der Städt. Badeanstalt wurde ein Damenschirm stehen gelassen. Die Eigentümerin kann auf dem Polizeiamt ihre Rechte geltend machen.

Zwangsversteigerung

Bei der am gestrigen Morgen vor dem Amtsgericht in Opladen stattgefundenen Zwangsversteigerung des Ohmann'schen Besitztums hierselbst ging dasselbe zum Gebot von 15 660 RM in den Besitz der Sparkasse Burscheid über.

Verkehrsunfall vor Gericht

Vor dem Opladener Einzelrichter stand ein Verkehrsunfall zur Verhandlung, über den die „Opld. Ztg." u. a. schreibt: In Burscheid hatte ein Motorradfahrer aus einer Gruppe von drei jungen Leuten einen angefahren und derart schwer verletzt, daß er 11 Wochen krank feiern mußte. Recht interessant gestaltete sich hier die Verhandlung dadurch, daß die Zeugenaussagen über den Hergang auseinandergingen. Der Unfall war abends nach Eintritt der Dunkelheit erfolgt. Ein Umstand, der eine lückenlose Beweisaufnahme fast immer erschwert. Der angeklagte Motorradfahrer behauptet nämlich zu seiner Verteidigung, erstmals rechtzeitig gehupt zu haben. Zum anderen sei aber auch der Verletzte im letzten Augenblick zur Seite gesprungen und habe dadurch den Unfall selbst verschuldet. Die zwei Begleiter des Angefahrenen bekunden übereinstimmend mit dem Verletzten, daß sie dicht nebeneinander gegangen seien, als die Anfahrt von links durch nicht vorschriftsmäßiges Ueberholen erfolgte. Der Amtsanwalt sieht das Verschulden des Angeklagten als erwiesen an und beantragt eine Geldstrafe von 200 RM. Die Einwände der Verteidigung, der Vorfall könne sich nur so zugetragen haben, wie der Angeklagte es schildert, sind in der Tat stichhaltig. Der Richter kam jedoch gleichfalls zu einem schuldig und verhängte eine Geldstrafe von 60 RM.

Scharfes Durchgreifen der Polizei bei Erntefrevel

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, geben Klagen über Beeinträchtigung der Ernte, insbesondere der Kartoffelernte, durch Diebstähle in verschiedenen Landesteilen, besonders in der weiteren Umgebung von Großstädten, dem Minister des Innern Veranlassung, den Polizeibehörden seinen Runderlaß vom 17. 9. 1931 in Erinnerung zu bringen, in dem die Polizeibehörden ersucht wurden, dafür zu sorgen, daß die auf dem Felde stehenden oder schon eingeernteten Feldfrüchte vor dem Zugriff radikaler Elemente geschützt werden. In den Orten mit staatlicher Polizeiverwaltung, in denen der Feld- und Flurschutz zu den Aufgaben der Gemeindepolizei gehört, soll die staatliche Polizei die Gemeindepolizeibeamten hierbei unterstützen. Der Minister ersucht die Polizeibehörden, dieser für die allgemeine Volksernährung bedeutsamen Frage erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Darf überhängendes Obst abgepflückt werden?

Vielfach ist die Meinung verbreitet, als gehöre der Obstbau dem Eigentümer nur soweit, wie er in dessen Grund und Boden steht. Alles, was über die Grenze des Nachbarn hinüberwächst, wird als Eigentum des Nachbarn angesehen. Dazu würde dann auch das überhängende Obst gehören. — Diese Auffassung ist irrig. Die §§ 911, 1005 und 867 des Bürgerlichen Gesetzbuches regeln diese Fragen. Solange die Früchte am Baum hängen, gehören sie dem Eigentümer des Baumes. Er darf daher auch die überhängenden Früchte ernten. Muß er hierzu ein fremdes Grundstück betreten, so ist die Genehmigung des Eigentümers erforderlich. Diese kann ihm nicht versagt werden. Ersatz für angerichteten Schaden muß er aber leisten. — Etwas anderes ist es aber mit dem abfallenden Obst. Obst, das auf das Grundstück des Nachbarn fällt, gehört nicht mehr dem Eigentümer des Baumes, sondern dem Nachbarn. Wie die Früchte dort hingelangt sind, durch Abfallen oder Schütteln (was nur der Eigentümer besorgen darf), ist gleichgültig. Wenn aber die Früchte auf ein öffentliches Grundstück z. B. die Straße, fallen, so bleiben sie Eigentum des Besitzers. — Steht ein Baum auf der Grenze, so gehören die Früchte beiden Nachbarn gemeinsam. Es ist dabei gleichgültig, ob die Grenze mitten durch den Stamm hindurchgeht, oder ob die Krone mehr über dem einen oder dem anderen Grundstück steht. Am besten ist es in einem solchen Falle, das gemeinsam geerntet und geteilt wird und vom Fallobst nimmt jeder das, was auf sein Grundstück fällt.

Der Vogelzug ist in vollem Gange

Ununterbrochen sieht man jetzt die Vögel auf der Wanderschaft. Selbst in tiefer Mitternacht hört man den Lockruf der Vögel hoch in der Luft. Eine große Unruhe herrscht unter den gefiederten Sängern, selbst die Tiere in den Käfigen werden davon erfaßt. Tag und Nacht hüpfen sie aufgeregt über die Sprunghölzer, und vergessen mitunter sogar zu futtern. Die Hauptzugzeit ist bekanntlich vom 10. bis zum 20. Oktober. In dieser Zeit ist sozusagen alles in Bewegung und strebt dem sonnigen Süden zu. Selbstverständlich hält der Vogelzug auch noch länger an, denn je nach der Witterung müssen auch die nordischen Vögel weiter. Immerhin ist der Hauptzug, sobald Kraniche und Krähen vorüber sind, als beendet zu betrachten. Aus diesem Grunde sei auch jeder Naturfreund auf die bevorstehende Wanderung aufmerksam gemacht, denn es ist interessant, gerade in dieser Zeit die Vogelwelt zu beobachten.

Bürgersteuer 1933

Eine Besprechung bei der Düsseldorfer Regierung

Der Regierungspräsident in Düsseldorf hatte am 11. Oktober eine Besprechung mit den Leitern der Stadt- und Landkreise, bei der auch die kreisangehörigen Gemeinden, teils durch ihre Chefs, teils durch ihre regionalen Spitzenverbände vertreten waren.

Bezüglich der Bürgersteuer für 1933 kam man nach eingehender Aussprache dahin überein, daß an einer rechnerischen Verdoppelung der bisherigen Hundertsätze nicht vorbeizukommen sein wird. Doch soll der im Rechnungsjahr 1931 infolge einer Provinzialnachtragsumlage erhobene Sonderzuschlag von 50 Prozent im allgemeinen weder bei der Verdoppelung berücksichtigt noch überhaupt weiter erhoben werden. Weitgehende Milderungs- und Befreiungsvorschriften sind ins Auge gefaßt.

Hinsichtlich der Ablieferung von Staatssteuern durch die Gemeinden beabsichtigt die Regierung, bei denjenigen Gemeinden, bei denen die Ablieferung — teilweise schon seit längerer Zeit — nicht mehr pünktlich und vollständig erfolgt, die getrennte Verwaltung der aufkommenden Staatssteuern mit der Maßgabe anzuordnen, daß nur mit Genehmigung des Regierungspräsidenten darüber verfügt werden darf. Dabei soll der durch eigene Einnahmen der Gemeinden nicht gedeckte Bedarf für Gehälter, Löhne und Wohlfahrtsausgaben freigegeben werden. Die Einsetzung von Staatskommissaren zur Sicherung der Staatssteuer-Ablieferung hat sich bisher als nicht erforderlich erwiesen.

Was die Wohlfahrtslasten der Gemeinden im kommenden Winter anlangt, so bestand Uebereinstimmung darüber, daß mit einem erhöhten Bedarf gerechnet werden muß, dessen Finanzierung mit den Leitern der beteiligten Bezirksfürsorgeverbände eingehend erörtert wurde.

Abbau von Oberpostdirektionen und Finanzämtern

Die Reichsregierung hat eine Verordnung vorbereitet, durch die eine größere Anzahl von Behördenstellen in den Reichsverwaltungen abgebaut werden sollen. Im ganzen handelt es sich um etwa 50 Amtsstellen, darunter vor allem Oberpostdirektionen und Finanzämter. Die Verordnung dürfte, sobald der Reichskanzler aus München zurückgekehrt ist, vom Kabinett beraten und dann sofort veröffentlicht werden.

Die Führerschule für den freiwilligen Arbeitsdienst im Rheinland

Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung des Arbeitsdienstes wird die Führerfrage sein, der deshalb vom Reichskommissar und den Bezirkskommissaren besondere Aufmerksamkeit zugewandt wird. Man kann fast sagen, daß mit dem Vorhandensein wirklich geeigneter Führerpersönlichkeiten die Zukunft und die sinnvolle Gestaltung des Arbeitsdienstes steht und fällt. Es müssen Menschen sein, die sich in der Praxis des Arbeitsdienstes bereits bewährt haben und jene charakterlich-erziehlichen Eigenschaften und organisatorisch-fachliche Begabung besitzen, die allein zu ihrer bedeutungsvollen und keineswegs leichten Aufgabe im Dienste des Volksganzen befähigen. Man kann solche Führer selbstverständlich nicht durch Schulung gewinnen, aber man kann dem zum Führer Geeigneten durch Schulung ein gewisses Rüstzeug mitgeben, ihm bestimmte Kenntnisse und den für die Arbeit notwendigen Einblick und Ueberblick vermitteln. Die Führerschule des freiwilligen Arbeitsdienstes für den Bezirk des Landesarbeitsamtes Rheinland wird Mitte Oktober in der ehemaligen Fürsorgeerziehungsanstalt Fichtenhain bei Krefeld, die von der Provinzialverwaltung für diesen Zweck zur Verfügung gestellt worden ist, eröffnet werden. Die äußere Form der Schule wird die eines geschlossenen Arbeitsdienstlagers sein. Der Schulungsplan, der selbstverständlich vollkommen unparteilich und unter Vermeidung jeglicher Einseitigkeit durchgeführt wird, sieht neben der täglichen Werkarbeit folgende Sachgebiete vor: Einführung in Sinn, Ziel und Durchführung des freiwilligen Arbeitsdienstes, in die wirtschaftlichen und technischen Grundlagen der besonders in Frage kommenden Arbeit wie Meliorationen, Kultivierungen, Siedlungswesen usw., arbeitstechnische und arbeitspsychologische Fragen, Technik der Lagerverwaltung, Hygiene, erste Hilfe bei Unglücksfällen, Psychologie und Pädagogik des Gruppenlebens, Gestaltung der Freizeit und Leibesübungen. Als Dozenten werden ausschließlich ehrenamtliche Kräfte tätig sein. Die Schulungsteilnehmer werden von den Dienstträgern nach bisheriger Bewährung in mindestens 6 wöchiger Dienstarbeit sorgfältig ausgewählt und dem Bezirkskommissar, der die eigentliche Entscheidung hat, vorgeschlagen. An dem Schulungskursus, der

Gesunde Stubenluft

Vom Landesausschuß für hygienische Volksbelehrung in Preußen wird dem Amtlichen Preußischen Pressedienst geschrieben:

Stubenluft ist ungesund. Das ist eine altbekannte Tatsache, allein Beruf und Klima zwingen uns vielfach, einen großen Teil des Tages und der Nacht in geschlossenen Räumen zu verbringen. Deshalb ist es notwendig, die Stubenluft so gesund wie möglich zu gestalten.

Sie erfährt, besonders in der kalten Jahreszeit zunächst eine Verschlechterung durch die Heizung. Der Wärmegrad eines Zimmers, in dem man sich wohlfühlen soll, richtet sich nach der Art der Tätigkeit, die in dem betreffenden Raum ausgeübt werden soll, sowie nach dem Alter und der Empfindlichkeit der den Raum bewohnenden Personen. Ganz allgemein ist zu fordern, daß in einem Kinderzimmer eine Temperatur von 17—20 Grad Celsius, in einem Wohnraum eine solche von 17—18 Grad herrschen soll. Arbeitsräume sollten je nach der Art der Beschäftigung gleichfalls 18—20 Grad Celsius nicht übersteigen und 15 Grad nicht unterschreiten.

Je nach der Art der Heizung erfährt die Luft des Zimmers weiterhin eine Verschlechterung hinsichtlich ihres Feuchtigkeitsgehalts. Am meisten macht sich dies bei der Zentral- und Sammelheizung geltend. Hier kann die Trockenheit der Luft häufig zu Kopfschmerzen, Rachen-Katarrhen und ähnlichen gesundheitlichen Störungen führen. Um dieser Luft die nötige Feuchtigkeit zu verleihen, wird man gut tun, entweder an den Heizkörpern Schalen oder sogenannte Verdunster, die mit Wasser gefüllt sind, aufzustellen bezw. aufzuhängen. Letztere, aus tönernem Material bestehend, sind heutzutage schon für wenige Pfennige überall erhältlich. Auch das Aufhängen nasser Tücher ist vielfach üblich. Wer diese Mühe scheut, der kann auch durch Verstäuben von Flüssigkeit, etwa mit einem Parfümzerstäuber oder mit einem Teekessel, aus dem man heißen Dampf in die Zimmerluft ausströmen läßt, die erwünschte Luftfeuchtigkeit herstellen.

Bei beiden Arten von Heizungen, der Einzel- wie der Sammelheizung, muß besonders Gewicht auf genügende Lüftung der geheizten Räume gelegt werden. Falsch ist die Ansicht vieler Hausfrauen, die da glauben, sie „heizten für die Straße", wenn sie morgens und abends für 8—10 Minuten frische Luft ins Zimmer hineinlassen. Kalte, frische Luft erwärmt sich nämlich viel schneller als warme, verbrauchte. Da sich die warme, schlechte Luft an der Decke des Zimmers sammelt, wird man mit Vorteil da, wo dies möglich ist, am besten die Oberteile des Fensters zum Lüften öffnen.

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß das Schlafen bei offenem Fenster, wenn es die Witterung irgend gestattet, für alle erwachsenen, gesunden Menschen von besonderem, gesundheitlichem Wert ist. Alte Leute dagegen oder Personen, die zu Rheumatismus und ähnlichen Krankheiten leiden, sowie Kinder müßten nur des Nachts einen Fensterspalt offenlassen, wenn ihnen der Arzt dies ausdrücklich gestattet.

Durch vernünftiges Heizen, vernünftiges Lüften und die Herstellung einer zweckmäßigen Luftfeuchtigkeit können so allerlei gesundheitliche Schäden der Stubenluft leicht vermieden und die an sich ungesunde Stubenluft soweit als möglich gesund gestaltet werden.

Durchführung des Milchgesetzes

Wie der amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, wird in der Preußischen Gesetzsammlung Nr. 57 vom 12. Oktober 1932 eine Zweite Preußische Verordnung zur Durchführung des Milchgesetzes veröffentlicht, in der es u. a. heißt:

Der Vorstand eines Zwangszusammenschlusses und, wenn dieser aus mehreren Personen besteht, auch sein Vorsitzender sind berechtigt, gegen Mitglieder, welche gegen die Satzung oder die zu ihrer Ausführung erlassenen Bestimmungen des Zusammenschlusses verstoßen, Ordnungsstrafen bis zu 300 RM im Einzelfalle festzusetzen.

Gegen die Festsetzung von Ordnungsstrafen ist binnen zwei Wochen nach Zustellung die Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde des Verbandes, und gegen deren Bescheid binnen zwei Wochen die Klage im Verwaltungsstreitverfahren beim Bezirksausschuß zulässig. Die Klage hat keine aufschiebende Wirkung und kann nur darauf gestützt werden, daß die tatsächlichen Voraussetzungen für die Verhängung der Zwangsstrafen nicht vorhanden waren.

Die Beitreibung festgesetzter Ordnungsstrafen erfolgt im Verwaltungszwangsverfahren. Vollstreckungsbehörde gemäß den Vorschriften über das Verwaltungszwangsverfahren ist die Gemeindebehörde.

Die eingezogenen Ordnungsstrafgelder fließen in die Kasse des Zusammenschlusses. Ist die Beitreibung im Verwaltungszwangsverfahren erfolgt, so ist die Gemeindebehörde berechtigt, 10 vom Hundert der beigetriebenen Ordnungsstrafe als Ersatz ihrer Unkosten einzubehalten.

Aus der Gemeinde Witzhelden

Besuch der Obstausstellung in Berg. Neukirchen

Bei genügender Beteiligung besucht der Obst- und Gartenbauverein am Sonntag, den 16. Oktober, die Obstausstellung in Berg. Neukirchen. Abfahrt mit Wiedenhoffs Autobus 14,15 Uhr ab Garage Wiedenhoff. Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt bei voller Besetzung des Wagens 1 RM pro Person. Wiederankunft in Witzhelden gegen 17 Uhr. Ein Besuch der unter Leitung des Kreisobstbauinspektors Schnaare stehenden, mit einem Obstmarkt verbundenen Ausstellung kann, vor allen den Frauen, nur dringend empfohlen werden.

---

jeweils 6 Wochen dauert, nehmen laufend 50 Führer teil. Den Teilnehmern, die im Kursus ihre Eignung als verantwortungsbewußte Führer erwiesen haben, wird eine besondere Bescheinigung vom Bezirkskommissar ausgestellt, auf Grund deren ihre geförderte Beschäftigung im Arbeitsdienst bis zu 2 Jahren, vom Ausstellungstage ab gerechnet, erfolgen kann. Außerdem kann ihnen eine Führerzulage bis zu RM 30 monatlich gezahlt werden.

Der duftreiche Nußbaum

schüttet wieder seinen Segen auf die Erde. Nußbäume abzuernten ist ein Vergnügen eigener Art, und ihr Besitzer blickt stolz auf die sich füllenden Säcke. Unser Nußbaum stammt wahrscheinlich aus Asien. Der erste Nußbaum in Norddeutschland wird um 1200 urkundlich erwähnt. Er befand sich auf dem Gute eines wendischen Adeligen in der Nähe von Stettin und genoß göttliche Verehrung, bis ihn Bischoff Otto fällte. Der edle Walnußbaum erreicht eine Höhe bis zu 25 Meter und entwickelt gewöhnlich eine schöne Krone. In den Schweizer Alpen wird er bis zu 800 Meter Höhe angetroffen. Er wächst ziemlich rasch und erreicht ein Alter bis über 100 Jahre. Das Holz junger Nußbäume ist nicht brauchbar; später aber wird es hart, zäh und elastisch. Das sogenannte Kernholz nimmt dann eine schwarzbraune, gewässerte und marmorierte Farbe an. Als Nutzholz (für Möbel, Gewehrschäfte usw.) ist es bekanntlich sehr geschätzt. Die Fruchtschalen des Walnußbaumes dienen zum Haarfärben sowie zur Herstellung von Likören und kräftigenden Einreibungen. Die Nuß selbst ist äußerst nahrhaft und wohlschmeckend. Ein Nußbaum im Garten erfreut jung und alt; er sollte viel häufiger zu finden sein, als dies der Fall ist.

150 000 Kinderunfälle im Jahre

Die Reichsunfallstatistik vom Jahre 1929 weist 4940 Todesfälle von Kindern durch Unfall nach. In Wirklichkeit ist die Zahl der Opfer, die sich jährlich aus Kinderunfällen ergeben, vielfach höher; nach Ermittlungen der Deutschen Zentrale für freie Jugendwohlfahrt muß man im Jahr mit 100 000 bis 150 000 Schadenfällen rechnen, von denen viele zu schweren Verstümmelungen und Siechtum führen.

Unter den Schadenfällen stehen die Verkehrsunfälle obenan. Im Jahre 1929 wurden allein durch Krafträder und -wagen 1065 Kinder getötet. Nicht in den Großstädten und nicht an den Stellen eines besonders starken Verkehrs ereigneten sich die meisten dieser Unglücksfälle, viel öfter waren es abgelegene Straßen auf dem Lande, wo die Kinder überfahren wurden. In der Großstadt schafft die Verkehrsaufsicht eine gewisse Sicherheit und das Großstadtkind wird durch das stete Umgehen mit den Gefahren der Straße an Vorsicht gewöhnt und zur Umsicht erzogen.

Aus der näheren Umgebung

Solingen

Auch Solingen in Geldnöten

Nachdem die Stadtverwaltung am 1. Oktober nur noch ein Drittel der fälligen Gehälter auszahlen konnte, ist sie jetzt dazu übergegangen, weitere Zahlungen in Sechsteln zu leisten. Diese Maßnahme wurde notwendig, da die Stadtkasse durch Zahlung von Unterstützungen an die Erwerbslosen nicht mehr über ausreichende Mittel verfügte. Die Verwaltung hofft, daß im November die Steuern besser eingehen, damit der frühere Zahlungsmodus wieder eingeführt werden kann.

Hohe Gefängnisstrafen

Das Sondergericht in Wuppertal verurteilte nach fünfstündiger Verhandlung die Solinger Kommunisten Becker, Fritz und Max Müller zu je 18 Monaten Gefängnis wegen Widerstandsleistung und Waffenmißbrauchs. Der Staatsanwalt hatte 15 bezw. 20 Monate Zuchthaus beantragt. Die drei Verurteilten und der freigesprochene Kommunist Herweg standen unter der Anklage des Aufruhrs und des Landfriedensbruchs, die drei Verurteilten waren weiter des Totschlagsversuchs angeklagt. Es handelte sich um Zusammenstöße vor dem Solinger Hauptbahnhof am 24. Mai. Damals war es zu Zusammenrottungen und Demonstrationen gekommen, wobei die Polizei die Demonstranten gruppenweise abdrängte. Die Angeklagten waren trotz der Aufforderung stehen zu bleiben, geflüchtet, und kurz darauf fielen einige Schüsse, wobei ein Beamter verletzt wurde. Das Gericht hielt entgegen der Meinung des Staatsanwalts nur Widerstandsleistung und Waffenmißbrauch als erwiesen, nicht dagegen, daß die Schüsse von den Angeklagten abgegeben worden seien.

Es geht wieder los!

Gestern abend, gegen 10 Uhr, kam es in Solingen an der Ecke Haupt- und Brunnenstraße zwischen Angehörigen der NSDAP und KPD zu Zusammenstößen. Ein Nationalsozialist erhielt einen Messerstich in den Rücken, ein weiterer wurde durch Stockhiebe verletzt. Kurz darauf kam es am Mühlenplatz abermals zu Reibereien zwischen den beiden politischen Gruppen, wobei abermals ein Nationalsozialist einen Messerstich erhielt. Angeblich soll auch geschossen worden sein. Das Ueberfallkommando konnte positive Ermittlungen nicht treffen, da sich die Kommunisten inzwischen entfernt hatten. Bei einer Leibesvisitation der Nationalsozialisten wurden keine Waffen gefunden.

Düsseldorf

Ein umfangreicher Darlehnsschwindel aufgedeckt

Der Düsseldorfer Kriminalpolizei ist es gelungen, wieder ein betrügerisches Finanzinstitut unschädlich zu machen. Die den Vorstand bildenden fünf Personen der „Heim- und Wirtschaftshilfe GmbH., Düsseldorf" wurden unter dem Verdacht festgenommen, umfangreiche Betrügereien und Unterschlagungen zum Nachteil der Sparer und Darlehnsucher aus Kreisen der Beamtenschaft, des Gewerbes, des Handels und der Landwirtschaft begangen zu haben. Bei der richterlichen Eintragung wurde dem Amtsgericht eine Quittung über das Stammkapital der GmbH. in Höhe von 5000 RM. vorgelegt, die, wie sich herausstellte, gefälscht war. Die Vertreter der Gesellschaft gewannen ihre Opfer, die sich in finanzieller Notlage befanden und um Darlehen nachsuchten, durch große Versprechungen. Vor Auszahlung des Darlehens mußten sie einen gewissen Betrag einzahlen, ohne jedoch das gewünschte Geld zu erhalten. Nur in ganz wenigen Fällen wurde tatsächlich ein Darlehen gewährt und mit den daraus resultierten Dank- und Empfehlungsschreiben weitere Opfer gesucht und gefunden. Die Zahl der geschädigten Sparer soll sehr groß sein, da die Organisation der Gesellschaft weit verbreitet war.

Zu den Schwindeleien der „Heim- und Wirtschaftshilfe G. m. b. H.", Düsseldorf, wird noch bekannt, daß, soweit bis jetzt zu übersehen ist, Spareinlagen in Höhe von 4500 RM fehlen. Die Untersuchung wird zweifellos ergeben, daß weit mehr Gelder veruntreut worden sind. Ein Buchhalter, den die Betrüger zur Erledigung der kaufmännischen Arbeiten gegen Kautionsstellung eingestellt hatten, ist gleichfalls um die Kaution und andere Geldsummen, die er den Gesellschaftern geliehen hat, geschädigt. Die Gesellschafter teilten größere Beträge unter sich und stellten hohe Gehälter für ihre Tätigkeit in Rechnung. Die Betrüger waren sämtlich vermögenslos, mehrere von ihnen hatten sogar schon den Offenbarungseid geleistet. Trotzdem war es ihnen gelungen, durch gefälschte Angaben die Eintragung ihres Betrugsunternehmens in das Handelsregister zu erwirken.

Köln

Wieder sank der Rhein

Im Laufe der vergangenen Woche sank der Wasserspiegel des Rheins von 1.39 m gleichmäßig auf 1,12 m ab. Die Wasserführung ist damit wesentlich ungünstiger geworden; die Schiffe können bei weitem ihre Tragfähigkeit nicht mehr ausnutzen und dürfen nur dem Wasserstand entsprechend geladen werden. Die leichte Verkehrszunahme bei den Massengütern hat angehalten, während der Stückgutverkehr unverändert geblieben ist. Der Rhein-See-Verkehr leidet naturgemäß unter dem ständig sinkenden Wasserstand.

Köln. Die frühere österreichische Kaiserin Zita in Köln. Wie wir erfahren, weilt die frühere österreichische Kaiserin Zita mit ihrer zehnjährigen Tochter, der Erzherzogin Elisabeth, seit Freitag vergangener Woche in Köln. Die beiden Genannten befinden sich in der Lindenburg, wo Erzherzogin Elisabeth in Behandlung von Hofrat Prof. Dr. von Haberer ist, da sie sich eine Blinddarmentzündung zugezogen hat.

Köln. Generaldirektor Philipp Farnsteiner gestorben. Hier starb nach kurzem Leiden der Generaldirektor des Agrippina-Konzerns, Philipp Farnsteiner, mit dem einer der führenden Leute der Versicherungsbranche dahingegangen ist. Das ihm anvertraute Unternehmen hat er in 37jähriger Tätigkeit auf seine heutige Höhe gebracht.

Köln gegen Essen

Wer hat die meisten Schulden?

Aus Köln wird mitgeteilt:

Eine Essener Zeitung glaubt in einem Artikel feststellen zu können, daß die Verschuldung Essens die geringste unter allen gleich oder ähnlich großen Städten (auch Kölns) sei, und daß Essen damit besonders günstig dastehe. Demgegenüber erklärt die Stadt Köln u. a.:

Essen hat nur verhältnismäßig kleine Werte, in die auch nur ein kleiner Prozentsatz der — verhältnismäßig geringen — Gesamtschulden investiert ist. Dementsprechend ist auch der Ertrag gering, so daß zur Deckung des Gesamtschuldendienstes in größerem Umfange Steuermittel in Anspruch genommen werden müssen. Köln kann darauf hinweisen, daß es rund 40 Prozent seiner langfristigen und einen erheblichen Prozentsatz seiner kurzfristigen Schulden darauf verwandt hat, leistungsfähige Betriebe zu schaffen, und zwar mit dem Ergebnis, daß diese Betriebe nunmehr nach Deckung des eigenen Schuldendienstes noch soviel abzuliefern in der Lage sind, daß dadurch der gesamte, den Haushaltsplan belastende Schuldendienst mehr als voll gedeckt ist.

Die Stadt Köln und ihre Anleihegläubiger

Versammlung der Anleihegläubiger Anfang November

Die Versammlung der Gläubiger der 40 Mill. RM Schatzanweisungen der Stadt Köln, in der die Stadt Vorschläge über Rückzahlung und Tilgung der Anleihe zu unterbreiten hat, ist für die ersten Tage des Monats November vorgesehen. Wie wir hören, sind für Mitte nächster Woche in Berlin nochmals Verhandlungen angesetzt, in denen die Stadt Köln erneut öffentliche Stellen um Hilfsmaßnahmen angehen will, um in der bevorstehenden Versammlung den Gläubigern nicht mit leeren Händen gegenübertreten zu müssen. Eine auch nur teilweise Rückzahlung zum 31. Dezember aus laufenden Mitteln dürfte der Stadt unmöglich sein. Nochmalige Verhandlungen mit den Emissionsbanken sind ohne Erfolg geblieben.

Westdeutsches

Gladbach-Rheydt. Der falsche Theaterpächter Frey festgenommen. Wie aus Berlin gemeldet wird ist dort der Impresario Erwin Frey, der wegen zahlreicher Betrügereien gesucht wurde, festgenommen worden. Frey hatte, wie erinnerlich, vor drei Wochen noch in Gladbach-Rheydt ein raffiniertes Gastspiel gegeben. Er hatte sich als Pächter des Gladbach-Rheydter Stadttheaters ausgegeben und es gelang ihm, mehrere Künstler, die er engagierte, um beträchtliche Summen zu bringen. Ein Künstlerehepaar aus Freiburg i. B. brachte er um Hab und Gut.

Gladbach-Rheydt. Ruhe in den Provinzialerziehungsheimen. Zu der Meldung aus Gladbach-Rheydt, wonach am Montag in einer dortigen Erziehungsanstalt 25—30 Anstaltszöglinge tätlich gegen ihre Wärter vorgegangen seien, teilt die Provinzialverwaltung in Düsseldorf mit, daß das Provinzialerziehungsheim in Gladbach-Rheindahlen oder ein sonstiges von der rheinischen Fürsorgeerziehungsbehörde belegtes Heim hierbei nicht in Frage kommt. Es handelt sich vielmehr um eine Privatanstalt, in der Schwachsinnige untergebracht sind.

Walsum. Zwei Kohlendiebe angeschossen. In der Nacht drangen Kohlendiebe auf das Zechengelände der Schachtanlage „Rhein 1." Als sie von den Wächtern überrascht wurden, drangen sie auf diese ein und bewarfen sie mit Steinen. Die Beamten gaben in ihrer Bedrängnis mehrere Schüsse ab, wodurch einer der Eindringlinge durch einen Beinschuß, ein zweiter durch einen Schuß in den Unterkiefer verletzt wurde.

Bonn. Die Erinnerungsmedaille für Rettung aus Gefahr wurde vom Preußischen Staatsministerium dem Ankerwickler Fritz Böckler in Bonn für die Rettung eines Mädchens vom Tode des Ertrinkens am 4. Juli 1932 verliehen.

Wissen a. d. Sieg. Aus dem Fenster gestürzt. Ein bedauerlicher Vorfall trug sich im nahen Steinbach zu. In letzter Zeit machten sich dort bei einer Witwe Schwermutserscheinungen bemerkbar. Sie stürzte sich aus dem 2. Stockwerk ihres Hauses, wo sie mit schweren Verletzungen liegen blieb. Diese waren so schwer, daß die Bedauernswerte im Krankenhause starb.

Weidenhausen (Dillkr.). Tragischer Motorradunfall. Ein Motorradfahrer, der eine Straße überqueren wollte, sah plötzlich vor seinem Rade eine Frau. Es gelang ihm nicht mehr, rechtzeitig auszuweichen, so daß die Frau erfaßt und zu Boden geschleudert wurde. Sie erlitt eine Kopfverletzung und blieb besinnungslos liegen. Der Motorradfahrer, der bei dem Zusammenstoß die Gewalt über sein Rad verlor, stürzte eine drei Meter hohe Böschung hinunter, wo er tot liegen blieb.

Berncastel. Vor der Pensionierung tödlich überfahren. Auf dem Staatsbahnhof Berncastel wurde morgens um 10 Uhr der 61 Jahre alte Oberbahnhofsvorsteher Reimann beim Ueberschreiten der Gleise von einer Rangierlokomotive, die er nicht bemerkt hatte, überfahren und sofort getötet. Der Beamte stand kurz vor seiner Pensionierung.

Dülmen. Schadenfeuer. In der Nacht brach in dem Hause des Fuhrunternehmers Röckmann auf der Tiberstraße Feuer aus, durch das das Wohn- und das Stallgebäude bis auf die Umfassungsmauern niederbrannten. Die Bewohner wurden erst auf den Brand aufmerksam, als die Flammen aus dem Dach schlugen. Mit großer Mühe konnte eine 86jährige Frau aus dem Hause gerettet werden. Auch das Vieh und ein großer Teil des Mobiliars konnten in Sicherheit gebracht werden. Die Entstehungsursache ist unbekannt.

Bad Münster am Stein. Die Rettungsmedaille am Band hat das Preußische Staatsministerium dem Fuhrmann Karl Nessel und dem Schreiner Carl Thur in Bad Münster am Stein für die Rettung eines Mannes beim Absturz von einem Felsen verliehen.

Trier. Des Wanderburschen Ende. Ein trauriges Ende fand nachmittags im benachbarten Schankweiler der 68 Jahre alte Wanderer Dickmann, der vollständig taub war. An einem schwerbeladenen Bauernwagen versagte die Bremse, und das Fuhrwerk sauste die abschüssige Dorfstraße hinab. Dickmann, der den Wagen nicht bemerkt hatte, wurde überfahren und sofort getötet.

Trier. Ortsnamensänderung. Durch Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 30. 9. 1932 ist der Name der Landgemeinde Sauscheid (Kreis Trier, Reg. Bez. Trier) in „Grimbura" umgeändert worden.

Witten. Brandstiftung? Zu einem am 8. d. M. im Hause Ardeystr. 149a ausgebrochenen Brand wird noch mitgeteilt, daß eine von den beiden Wohnungsinhaberinnen unter dem dringenden Verdacht, den Brand angelegt zu haben, festgenommen und dem Amtsgericht zugeführt worden ist.

Kamen. Zwangsweise Beurlaubungen wegen Dienststrafverfahren. Durch Verfügung der Regierung in Arnsberg sind Stadtrentmeister Lottermoser und Polizeikommissar Schmidt bis auf weiteres beurlaubt worden, da gegen sie ein Dienststrafverfahren schwebt.

Vorerst keine Weiterführung des Bahnbaues Witten—Schwelm

Die seit Jahren umkämpfte Wiederaufnahme des Bahnbaues Witten—Schwelm scheint jetzt endgültig erledigt zu sein. Um neue Arbeitsgelegenheit zu schaffen, hatten Reich, Preußen und Reichsbahn sich vor zwei Jahren bereit erklärt, je einen Anteil an den Kosten zu übernehmen, umso mehr, als der Unterbau der ganzen Strecke schon längst fertiggestellt ist. Das Reich hatte seinen Anteil in Höhe von 380 000 RM eingezahlt, dagegen konnte sich Preußen nur bereiterklären, die Zinsen für eine Anleihe in Höhe seines Anteils aufzubringen. Mit dieser Regelung erklärte sich die Reichsbahn nicht einverstanden, so daß der Weiterbau nicht vorgenommen werden konnte. Da eine Einigung nicht zu erzielen war, hat das Reich jetzt seinen Anteil zurückgezogen. Damit besteht mindestens für absehbare Zeit keine Aussicht auf Weiterführung des Baues.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Die Bettlergutscheine

Leverkusen, 13. Okt. Wie angebracht es ist, Bettlern statt Bargeld die von der Stadt eingeführten Bettlergutscheine zu geben, zeigt folgender Vorfall. Auf der Bahnstraße in Manfort wurde ein alter Bettler in hilfslosem Zustande aufgefunden. Ein mitleidiger Manforter Bürger brachte den alten Mann in eine Wirtschaft, um von dort aus die Polizei zu Samariterdiensten zu alarmieren. Es stellte sich aber heraus, daß der Mann total betrunken war, und so unterließ man die Alarmierung. Bettlergutscheine können nicht vertrunken werden, sie verfolgen den Zweck, daß sich Bettler durch Eintausch der Scheine gegen Lebensmittel (Abgabe anderer Waren ist nicht zulässig) wirklich vor Hunger schützen.

Vom Freiwilligen Arbeitsdienst

Leverkusen, 13. Okt. Außer für das Freibad Sonneneck sind auch noch Kultivierungsarbeiten für das Junkernkamp in Schlebusch beantragt. Auch im Märchen wird man, bevor dort die Randsiedlungen in Angriff genommen werden, das Gelände im Wege des Freiwilligen Arbeitsdienstes einebnen. Man rechnet, daß bei den Arbeiten weiter über hundert Mann insgesamt Beschäftigung finden werden. Anschließend an die Arbeiten an dem Platz hinter dem Realgymnasium will man an die Verwirklichung der Pläne einer Freilichtbühne beim Reuschenberger Schloß gehen, die ganz großzügig ausgebaut werden soll, mit regelrechten breiten Wegen usw.

Einbruchsdiebstahl

Burg a. d. W., 13. Okt. In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch wurde in das Bahnhofs-Restaurant ein Einbruchsdiebstahl verübt. Die Waschküche war aufgebrochen und eine größere Anzahl Strümpfe (Herren-, Damen- und Kinderstrümpfe) entwendet. Die Diebe hatten es anscheinend auf die in einem Nebengelaß vorübergehend lagernden Kartoffeln abgesehen, da Anwohner der Nachbarschaft Geräusche in dieser Richtung hin wahrnahmen. Anscheinend hat aber die Tür dieses Raumes den Versuchen der Eindringlinge standgehalten.

Auch Dabringhausen will ein Strandbad

Dabringhausen, 13. Okt. Nach dem Vorbilde der Nachbargemeinde Dhünn möchte man nun auch ein Strandbad in Dabringhausen anlegen. Der Gedanke ist wohl zuerst in den heißen Sommerwochen aufgetaucht, als sich Badelustige im Eifgental auf einem erschreckend winzigen Plätzchen, das eine vertiefte Stelle im Eifgenbach bot, zum Baden zusammendrängten. Der hiesige, rührige Turnverein hat diesen Plan aufgegriffen und will ihn nach Beseitigung einiger Schwierigkeiten, die sich der Durchführung entgegenstellen, verwirklichen. Als geeignetes Gelände ist eine Bodenwelle dicht unterhalb des Ortes links an der Straße nach Coenenmühle ausersehen. Diese Anlage hätte den Vorzug, daß sie von allen Teilen der Gemeinde gleich gut zu erreichen ist.

Förster kämpft um seinen Kopf

Noch kein Geständnis zum Frankfurter Brotkutschermord

Der Frankfurter Kriminalpolizei ist es bisher noch nicht gelungen, den des Mordes an dem Brotkutscher Wagner dringend verdächtigen Josef Förster zu einem Geständnis zu bewegen. Förster verteidigt sich mit solchem Geschick, daß ihm die Tat noch nicht nachgewiesen werden konnte. Die Aeußerung des Angeschuldigten einem Zeugen gegenüber, daß er einen Filialleiter aus Offenbach berauben wolle, und wenn dieser Coup fehlschlage, habe er eine andere Sache im Auge, bei der eine ganze Tasche voll Geld zu erbeuten sei, spricht allerdings stark für seine Täterschaft.

Letzte Funkmeldungen

Der Reichskanzler hat dem früheren Kronprinzen von Bayern als seinem früheren Vorgesetzten an der Westfront einen kurzen Höflichkeitsbesuch abgestattet.

Der Prinz von Wales, der auf der Rückreise von Skandinavien zu kurzem Aufenthalt in Hamburg eingetroffen ist, besichtigte gestern in Begleitung seines Bruders die Stadt. Am Abend folgten die Gäste einer Einladung zum Essen bei dem Direktor der Hamburg-Amerika-Linie.

Polizeihauptwachtmeister Lauckenmann, der in den Anlagen Eilbecktal bei Hamburg aus einer Schutzhütte heraus durch einen Revolverschuß schwer verletzt wurde, ist gestorben. Von dem Verbrecher fehlt jede Spur.

Der Schneider Ignaz Hummel ist heute der Staatsanwaltschaft in Freiburg i. Br. zugeführt worden. Die Untersuchung soll mit großer Beschleunigung durchgeführt werden.

Da die Stadt Nürnberg wiederum eine Erhöhung der Bürgersteuer und der Werkgebühren abgelehnt hat, wird die Regierung zur Aufstellung eines Zwangshaushalts schreiten.

Gegen den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Buchmann ist ein Steckbrief erlassen worden.

Chemiker Richard Willstätter-München, der 1915 den Nobelpreis erhielt, wurde zum Mitglied der schwedischen Akademie der Wissenschaft gewählt.

Die sterblichen Ueberreste des Völkerbundskommissars Grafen Gravina sind heute früh von Danzig nach Italien übergeführt worden.

Der neue rumänische Außenminister Titulesku hat am Mittwoch-Abend Paris verlassen.

Der französische Ministerpräsident Herriot ist Mittwochabend in London eingetroffen. Allgemein wird angenommen, daß Herriot MacDonald die Einzelheiten des neuen französischen Planes für europäische Sicherheit unterbreiten wird.

Die Pariser Morgenpresse erwartet von dem Besuch Herriots in London eine Wiederbelebung der Abrüstungsbesprechungen in Genf. Die Blätter verhehlen jedoch nicht, daß zwischen der Auffassung Herriots und der des englischen Außenamtes noch ein großer Unterschied bezüglich der Art besteht, wie man der Reichsregierung Genugtuung verschaffen könne.

Lloyd George setzte sich auf einer Veranstaltung der Internationalen Friedensvereinigung in der Guildhall erneut für die Notwendigkeit der Erfüllung des Abrüstungsversprechens von Versailles ein.

Die Teilnehmer am Kongreß des Internationalen Journalistenverbandes wurden von Sir John Simon im Foreign Office empfangen. In seiner Ansprache nahm Sir John Simon zum Abrüstungsproblem Stellung und betonte, England hege die feste Absicht, allen Nationen das gleiche Recht zu sichern.

Die kanadischen Zolländerungen aufgrund der Ottawaer Abmachungen sind in der Nacht zum Donnerstag in Kraft getreten.

Die Londoner Presse ist so stark mit dem Blaubuch über die Ottawaer Verhandlungen und die neuen Vorzugszölle der Dominien für englische Waren beschäftigt, daß sie keinen Raum hat näher auf die Rede des Reichskanzlers und auf den Besuch Herriots einzugehen.

Die Arbeitslosenunruhen in Belfast haben bisher 2 Todesopfer gefordert. Die völlige Ruhe ist noch immer nicht wiederhergestellt.

Bei dem schweren Sturm der letzten Tage ist im Finnischen Meerbusen der deutsche Motorschoner „Kassel" untergegangen. Die Frau des Kapitäns und vier Mann der Besatzung ertranken. Nur der Kapitän und ein Schiffsjunge konnten sich völlig erschöpft retten. An der schwedischen Küste ist ferner der deutsche Dampfer „Ostetal" gestrandet. Die Besatzung befindet sich noch an Bord. Ein Bergungsdampfer ist unterwegs.

Der Reichskanzler wieder in Berlin

Reichskanzler v. Papen ist am heutigen Vormittag aus München auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin eingetroffen.

„Graf Zeppelin" in Pernambuco gelandet

Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist um Mitternacht wohlbehalten in Pernambuco eingetroffen.

Das Wetter von heute und morgen

Wolkig, einzelne Niederschläge, ziemlich mild, mäßige bis frische Winde aus westlicher Richtung.

Ein 3. Todesopfer der Bochumer Familientragödie

Zu der Familientragödie in der Danziger Str. in Bochum wird gemeldet, daß die 31 Jahre alte Ehefrau P. an den Folgen der ihr durch ihren Mann am 10. d. M. beigebrachten schweren Schußverletzung in einem hiesigen Krankenhaus gestorben ist. Nach dem Mann und dem Sohn ist dies das dritte Todesopfer der Familientragödie.

Bemerkenswerte Leistung eines Kleinsiedlers

Ein Einfamilienhaus für 600 RM erstellt

In Altenessen, nahe bei einer Zechenhalde, ist eine Kleinsiedlung entstanden, die insofern recht bemerkenswert ist, als der Gründer dieser Siedlung, ein arbeitsloser Bergmann, sich ohne Hilfe eine Existenz geschaffen hat. Der Mann besitzt viel praktischen Sinn. Zum Bau von Haus und Stallung verwandte er Altmaterial, das er beim Abbruch alter Häuser für billiges Geld erwarb. Um Ziegelsteine zu gewinnen, ließ sich der Siedler Bauschutt an Ort und Stelle (gegen mäßigen Fuhrlohn) heranschaffen, reinigte die alten Ziegel von dem anhaftenden Mörtel und stellte aus den so gewonnenen Ziegelsteinen das Gebäude her, das massiv mit Lehmmörtel aufgeführt und von außen mit Zementmörtel verputzt ist. Das Dach besteht aus einem flachen Pappdach. Schalung und Sparren wurden ebenfalls als Abbruchmaterial gekauft. Die Raumunterteilung des Hauses ist zweckmäßig. Die Gesamtkosten für Altmaterial, Zement, Kalk, Sand und Dachpappe betrugen etwa 600 RM! Auch das praktische Handwerksgerät, wie Egge, Walze, Karren u. a. m. hat sich der Mann selbst verfertigt.

Es ist wirklich erstaunlich, wie der arbeitslose Kleinsiedler aus dem wenigen Land, für das er geringe Pacht bezahlt, und aus seiner Kaninchenmast soviel herausholt, daß er und seine Familie davon leben können. Leute von diesem Schlage sind die geborenen Siedler. Es wäre angebracht, wenn die Kenntnisse dieses Mannes auch für andere Siedler nutzbar gemacht würden.

Umgemeindungen im Regierungsbezirk Aachen

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, sind durch Beschluß des Preußischen Staatsministeriums vom 30. 9. 1932 mit Wirkung vom 1. 10. 1932 im Reg.-Bez. Aachen eingegliedert worden:

a) die Landgemeinde Schaufenberg (bisher Landkreis Jülich), ein Teil der Landgemeinde Oidtweiler (bisher Landkreis Geilenkirchen) und ein Teil der Landgemeinde Broich (Landkreis Aachen) in die Landgemeinde Alsdorf (Landkreis Aachen);

b) ein Teil der Landgemeinde Hastenrath (bisher Landkreis Düren) in die Landgemeinde Gressenich (Landkreis Aachen) und ein weiterer Teil der Landgemeinde Hastenrath in die Stadtgemeinde Stolberg;

c) die Landgemeinde Rothberg (bisher Landkreis Düren) und ein Teil der Landgemeinde Hastenrath in die Stadtgemeinde Eschweiler.

Eisenbahnräuber vor Gericht

12 Jahre Zuchthaus für den Haupttäter

Vor dem hiesigen Schwurgericht Mainz hatten sich der 30 Jahre alte Hausdiener Dasche aus Berlin, der 31 Jahre alte Schneidergeselle Paul Wolfrum aus Alsenberg bei Hof in Bayern und der 23 Jahre alte Arbeiter Theodor Knauf aus Köln-Ehrenfeld wegen Diebstahls und Totschlagsversuchs zu verantworten. Das Gericht verurteilte den Haupttäter Wolfrum, der wegen seines Verhaltens während der Sitzung abgeführt werden mußte, in Abwesenheit zu 12 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Knauf erhielt 1 Jahr, Dasche 6 Monate Gefängnis. Gegen Wolfrum hatte der Staatsanwalt 7 Jahre Zuchthaus beantragt.

Die zum Teil erheblich vorbestraften Angeklagten hatten am 16., 17. und 21. April d. J. in der Nacht aus Güterwagen in Hochheim a. M. und in Mainz Waren, Lebensmittel und Getränke gestohlen. Bei einem Raubversuch am 23. April im Güterbahnhof Mainz wurden zwei der Täter, die sich als Bahnpolizisten in Zivil ausgaben, von Bahnbeamten gestellt. Als man ihre Verhaftung veranlassen wollte, gab Wolfrum auf einen Rangiermeister sechs Schüsse ab, die den Beamten schwer verletzten. Darauf ergriffen die Täter die Flucht. Noch in derselben Nacht gelang es, auf dem Gelände des Güterbahnhofs Dasche festzunehmen, der seine Mittäter verriet, so daß sie in Mannheim und Mosbach i. B. festgenommen werden konnten. Infolge des mißglückten Raubversuchs vermochten die Angeklagten den Plan, in der Nacht zum 25. April die Stationskasse in Hochheim zu berauben nicht zur Ausführung zu bringen.

Große Beute der Grenzer

Das Septemberergebnis der Schmuggelfahndung

Im September 1932 sind im Landesfinanzamtsbezirk Düsseldorf bei der Schmuggelbekämpfung von Grenzaufsichts- und Zollfahndungsbeamten 1560 Schmuggelfälle aufgedeckt worden. Es wurden dabei insgesamt 90 000 Zigaretten, 22 000 Heftchen Zigarettenpapier, 6300 Klgr. Tabak, 4900 Klgr. Kaffee, 5000 Klgr. Getreide, 2200 Klgr. Müllereierzeugnisse und 800 Klgr. sonstige Waren beschlagnahmt. Ferner wurden den Schmugglern 255 Fahrräder, fünf Motorräder und 25 Kraftwagen, die zur Beförderung von Schmuggelwaren dienten, abgenommen. Außer hohen Geld- und Freiheitsstrafen haben die Schmuggler die Einziehung der Waren und Fahrzeuge zu erwarten. Die Führer der zum Schmuggeln benutzten Kraftfahrzeuge haben ferner die Entziehung des Führerscheins zu gewärtigen. Um den Schmuggel noch wirksamer bekämpfen zu können, ist das Personal der Grenzaufsichts- und Zollfahndungsbeamten weiter erheblich verstärkt worden.

Unholde

Das Schwurgericht in Berlin verurteilte den 54jährigen Maschinenschlosser Gustav Loose aus Alexanderdorf (Kreis Teltow), der sich am 1. August v. J. an der vierjährigen Elfriede Braun vergangen und das Kind getötet hatte, zu 15 Jahren Zuchthaus.

•

Der des vierfachen Giftmordes überführte Schuhmacher Eduard Just hat vor der Breslauer Mordkommission das Geständnis abgelegt, auch seine zweite am 27. Januar 1930 verstorbene Ehefrau Emma Just geborene Kamps mit Arsenik vergiftet zu haben.

Drei Tote bei einem Arbeitsunfall in Grenoble

Ein Arbeitsunfall hat in Grenoble drei Tote gefordert. Drei Arbeiter, der Deutsche Ulmicher und zwei Oesterreicher, die bei den Wasserregulierungsarbeiten am Drac beschäftigt waren, wurden von einer mit Zement beladenen Laufkatze, deren Kabelführung riß und die darauf abstürzte, getötet.

Hauseinsturz in Lille

Zwei alte Häuser, von denen das eine 1711 und das andere nur wenig später erbaut ist, sind in Lille eingestürzt. Der Einsturz ist auf einen Brand zurückzuführen, der in dem einen der beiden Häuser ausbrach. Während dieses Haus überhaupt nicht mehr bewohnt war, konnten sich die Bewohner des anderen — zwei Familien — bis auf einen 52 Jahre alten Mann retten. Seine Leiche ist aus den Trümmern geborgen worden. Die Polizei hat nun auch die Nachbarhäuser, die ebenfalls sehr alt und baufällig sind, räumen lassen.

v. Gronau fordert Ersatzteil an

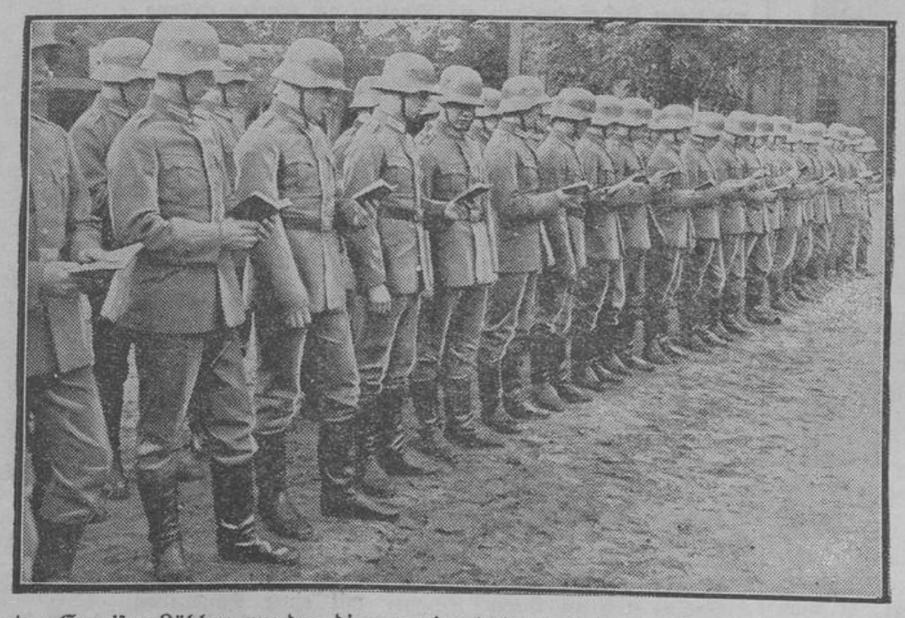
In einer Meldung aus Rangoon teilt v. Gronau mit, daß die Reparatur an dem defekten Motor von geringerem Ausmaß sei, als man bisher angenommen hatte; er bittet, ihm über eine niederländische Linie eine neue Wasserpumpe zu senden. Sobald v. Gronau diesen Ersatzteil erhalten hat, will er seinen Weiterflug antreten.

Die Sibirjakoff-Expedition geglückt. Der Leiter der Expedition des Eisbrechers „Sibirjakoff", Schmidt, meldet, daß die Expedition die von der Sowjetregierung gestellten Aufgaben erfüllt habe. Zum ersten Male ist es einer Expedition geglückt, längs der Nordküste der Sowjetunion, ohne zu überwintern, aus dem Weißen Meer in den Stillen Ozean zu gelangen. Trotz der Havarie, die der Eisbrecher infolge des beharrlichen Kampfes gegen die Elemente unterwegs erlitten hat, erreichte er mit Segeln die Beringstraße.

Ein Minenleger der holländischen Marine gestrandet

Der Minenleger „Krakatau", einer der größten Minenleger der niederländischen Marine, wurde nordöstlich von Surabaya in voller Fahrt auf eine Sandbank gesetzt, da er in dem flachen Wasser zu Kentern drohte. Die aus 104 Personen bestehende Besatzung wurde von einem anderen Schiff übernommen. Mehrere Mitglieder der Besatzung haben Verletzungen erlitten.

Die neuen Reichswehrrekruten werden vereidigt



In der Garnison Lübben wurden die neu eingetretenen Rekruten der Reichswehr vereidigt

Zum Reichspressechef des Stahlhelm



des Bundes der Frontsoldaten, ist Oberstleutnant a. D. Alfred von Olberg — während des Weltkrieges Chef der Oberzensurstelle im Kriegspresseamt — ernannt worden

Schreckenstat mandschurischer Banditen

Reuter meldet aus Charbin, 12. Okt.: Vier Räuber versuchten heute, die drei Kinder einer Frau Wodruff, einer Engländerin, zu entführen. Die Mutter, die sich den Räubern entgegenstellte, wurde von ihnen ermordet. Zwei Russen, die die Entführer verfolgten, wurden von ihnen angegriffen und schwer verletzt. Zwei der Räuber wurden von chinesischen Polizeibeamten getötet. Die Kinder konnten unverletzt zurückgebracht werden

Briefe an die Schriftleitung

Sprengung einer Wählerversammlung

Der „Berg. Volksbote" gab in Nr. 237 einen Bericht des Contibüros wieder über eine Deutschnationale Wahlversammlung in Düsseldorf, die durch Nationalsozialisten gesprengt wurde. U. a. wurde in der Meldung festgestellt, die Nationalsozialisten hätten versucht, die an der Galerie hängenden schwarz-weiß-roten Fahnen abzureißen. Da eine solche Behauptung geeignet ist, irrige Anschauungen über die Stellung des Nationalsozialismus zu den alten Reichsfarben zu erwecken, stelle ich als Teilnehmer an dieser Versammlung, der die Vorgänge genau beobachtete, fest, daß es sich um große weiße Fahnen mit der Aufschrift „Mit Hugenberg! Deutschnational!" handelte, also um Parteifahnen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß diese Fahnen von einem schmalen schwarzen und roten Streifen umsäumt waren. Die reinen schwarz-weiß-roten Fahnen, unter denen das unvergleichliche deutsche Heer 4 Jahre lang gegen die halbe Welt kämpfte, sind den Nationalsozialisten als Bejahern des Wehrgedankens heilig und unantastbar. Deshalb lehnt der Nationalsozialismus die Herabwürdigung dieser Fahne zur Parteifahne, wie es in Düsseldorf geschah, ab.

Dr. T.

Vom Büchertisch

Der gute und der schlechte Schüler

Unter allen gewesenen Schülern gibt es zwei Parteien — die eine behauptet: die guten Schüler sind dem Leben nicht recht gewachsen, die sogenannten schlechten bringen es im Leben viel schneller zu etwas — die anderen sagen: das ist nur eine faule Ausrede der Faulen, wer die Aufgaben der Schule zu meistern versteht, meistert auch die Aufgaben, die das Leben stellt, und die paar immer wieder zitierten berühmten Männer, die in ihrer Jugend schlechte Schüler waren, sind die Ausnahme der Regel. Eines ist sicher: in jeder Klasse sitzen Musterschüler und Faulpelze und merkwürdigerweise kann man es ihnen gewöhnlich von der Nasenspitze ablesen, denn sowohl die guten als auch die schlechten Schüler haben ihr „eigenes" Gesicht. Höchst interessante Typenbilder von guten und von schlechten Schülern, die im psychologischen Institut der Rostocker Universität durch Uebereinanderkopieren zahlreicher Einzelphotos entstanden sind, zeigt zusammen mit anderen Versuchen, hinter die Geheimnisse der äußeren und inneren Aehnlichkeit der Menschen zu kommen, die neue Nummer (Nr. 42) der Münchner Illustrierten.

Kirchliche Nachrichten

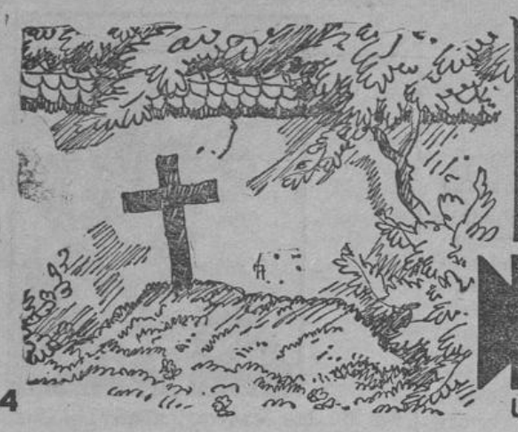
Evangelische Gemeinde Burscheid

Heute, Donnerstag, den 13. Oktober, nachm. 3 Uhr Versammlung des Frauenvereins im Gemeindehause Burscheid.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. „Unterhaltungsbeilage"

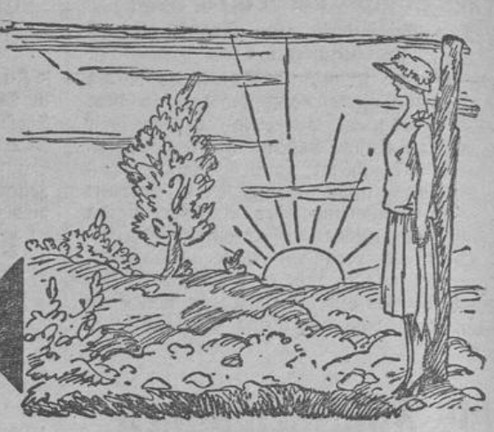
Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.
Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10.

„Haarglanz"
gibt dem Haare Glanz!
Das durch Nachspülen mit „Haarglanz" gestraffte, von den Alkaliresten des Waschmittels befreite Haar bekommt zarten, natürlichen Glanz. „Haarglanz" erhalten Sie mit jedem weißen Beutel Schwarzkopf-Schaumpon, dem milden Haarpflegemittel und auch mit dem hochwertigen, kosmetisch wirksamsten Schwarzkopf-Extra. Für Blondinen „Extra-Blond", die aufhellende Spezial-Sorte!



MATA HARI

ROMAN VON ARNO FRANZ



URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU · SA

4

„Ich werde mich so wenig als möglich zeigen," sagte Traute.

„Das ist nun auch wieder Unsinn. Es sieht aus, als ob du etwas zu verbergen hättest oder dich genierest."

„Dann dirigiere du mich, Tante, wie du es für gut befindest."

Das war ein Wort nach dem Herzen der Alten!

Und mit diesem Wort war die Unterredung beendet.

Traute durfte mit Klein-Hannele, ihren Sorgen und Kümmernissen, gedemütigt und in die allerbescheidensten Grenzen verwiesen, in ihrem Zimmer allein sein.

* * *

Traute saß noch lange, nachdem sie ihr Töchterchen zur Ruhe gebettet, im dunklen Raum am Fenster und starrte verloren in die Nacht.

Sie war in Bange um das Gerichts-Urteil, denn dieses Urteil war ihr Schicksal.

Wir werden ja sehen, wie die Gerichte entscheiden, hatte die Tante gesagt und damit doch nur andeuten wollen, daß ein negatives Urteil auch hinsichtlich ihrer augenblicklichen Zugehörigkeit zur Landesschen Familie bestimmend sei.

Das Militärgericht war kein Zivilgericht, das wußte Traute, und dann wußte sie auch, daß keine Krähe der anderen die Augen aushackt. Da waren Standesrücksichten zu nehmen, und die würden genommen werden, auch dann, wenn man Frau Justizia die Binde lockern mußte.

Philips hatte gesagt, es würde schnell gehen. Das war noch ein Trost.

Was aber verstand ein Anwalt unter schnell?

* * *

Vier Tage später, am 31. August, saß Traute mit Hannele und der Baronin beim Frühstück. Der Briefträger übergab einen Brief, der eingeschrieben war.

Traute mußte quittieren und die Tante betrachtete mißtrauisch Aufschrift und Absender.

„Bitte öffne, Tante," sagte Traute, „ich habe keine Geheimnisse vor dir."

Die Baronin ließ sich nicht zweimal nötigen. Die goldene Stiellorgnette vor den Augen, studierte sie Edward Philips Mitteilungen.

Befriedigt reichte sie Traute nach beendeter Lektüre das Schreiben.

„So ist mir das auch lieber," sagte sie.

„Wie was?" fragte Traute.

Und die Baronin umschrieb die Antwort mit der für manche Menschen sehr typischen Entgegnung: „An einer geschiedenen Frau bleibt immer etwas hängen. Lies nur!"

Zögernd nahm Traute das Blatt und las:

„In Ihrer Sache gegen Mac Leod beehre ich mich mitzuteilen, daß der Beklagte Einwendungen gegen die Scheidung erhob. Das Gericht kam infolgedessen auf Trennung zu und verfügte wie folgt:

1. Sie brauchen zu Mac Leod nicht zurückzukehren
2. Sie brauchen Mac Leod nicht aufzunehmen.
3. Johanna Luise ist Ihnen in Obhut und Erziehung gegeben.
4. Der Beklagte hat monatlich hundert Gulden an Unterhaltungsbeitrag an Sie zu leisten.

Urteil und Begründung stelle ich Ihnen baldmöglichst zu.

Hochachtungsvoll

Edward Philips."

Mechanisch steckte Traute den Brief in die Tasche.

Am 30. März 1895 war sie getraut worden. Der Jubel! Die Seligkeit! Und heute — Das Ende!

Jäh riß sie Hannele an die Brust und küßte sie.

Die Kleine sah die Mutter aus großen Blauaugen verwundert an.

Mit zitternder Stimme sagte Traute:



Hindenburg-Geburtstagsfeier in Newyork

Am 85. Geburtstag des Reichspräsidenten von Hindenburg veranstaltete die deutsche Kolonie in Newyork eine Geburtstagsfeier, von der unser Bild berichtet: Graf Luckner (rechts), der bekannte deutsche Seefahrer, überreicht nach der Festrede dem Vertreter des amerikanischen Heeres, Oberstleutnant Harmon, eine Photographie Hindenburgs

„Nun sind wir ganz arm, mein Butzi und ganz allein."

Das verstand aber das kleine Fräulein nicht und antwortete:

„Wir sind doch bei Tante, Mamali, und haben Träpfeln und Schlansage."

* * *

Mac Leod hatte von seinem Antwalt ein gleichgeartetes Schreiben bekommen und war ungewöhnlich zufrieden damit.

Die Frau los und doch nicht los, immer noch dem Namen nach mit ihm verbunden, also immer noch die wertvolle Kreditbasis. Was konnte er sich besseres wünschen?

Außerdem, die kam wieder, wenn er sie brauchte! Darum machte er sich keine Sorge.

Die hundert Gulden? Zum lachen! Ihm war nichts zu nehmen. Seit er aus Java zurück war, hatte noch kein Gläubiger auch nur einen Cent von ihm erhalten

Und das kleine Mädchen?! Gut so, wie die Kameraden entschieden hatten. Es lief ihm nicht mehr im Wege herum. Nun konnten in der Van Breestraat Feste gefeiert werden, die niemand störte.

Und sie wurden gefeiert.

Der Anstand gebietet, über diese „schönen Tage im Sittlichen" schweigend hinwegzugehen.

* * *

Mac führte ein wüstes Leben, schlimmer, wie er es auf Java geführt hatte.

Aber auch ein Leben ist ein Haushalt, in welchem nach bestimmten Gesetzen gewirtschaftet werden muß, wenn es geordnet bleiben soll.

Der vernünftige Mensch lebt von den Zinsen und nicht vom Kapital.

Mac hatte danach niemals gefragt. Er lebte nur nach Laune.

Was kümmerte ihn ein physischer Fonds!

Heute ist heut', das war seine Lebensdevise. Was morgen kam, kam immer noch zeitig genug.

So ging der September hin in jubilo, der Oktober schon nur noch in Freude.

Der November brachte den Katzenjammer.

Es kamen Nebel, Regen und Kälte. Es kam das Wetter, hinter dem Erkältungen und Krankheit, seelische Verstimmungen und allerlei Uebel einherschleichen. Und in diesen Wetter hatte sich Mac eine fühlbare Bronchitis geholt.

Fieber zwischen achtunddreißig und vierzig.

Was will die leichtlebige Welt mit einem kranken Manne? Die nur in der Nacht leben, wollen am Tage schlafen und am Krankenbett eines fremden Menschen hört jede Gemütlichkeit auf.

Die da zu Tausenden auf ein Lot gehen, blieben fern.

Mac empfand seine trostlose Lage und die peinigende Einsamkeit empfindlich. Jetzt fehlte ihm Traute.

Mit einem Male entsann er sich ihrer.

Ihm fehlte die stille, feine, gütige, duldsame Helferin, die in Stunden der Not selbst ihr gequältes Herz zu überwinden vermochte. Es fehlte die Frau mit den sorglichen, zarten Händen und den tiefen, warmen Augen.

Ihn fror im ungemachten, schmutzigen Bett. Und wenn er aufstehen mußte, sich Essen bereiten, klapperten ihm die Zähne in der eiskalten Bude.

„Hundeleben, gottverdimmich! — So ein Hundeleben," das stöhnte er wohl zehnmal am Tage. Aber niemand half ihm beim Löffeln der selbst eingebrockten Suppe.

Und er entschloß sich, an die zu schreiben, die nach seiner Ueberzeugung kommen mußte, wenn er sie brauchte.

Aber sie kam nicht.

Arnheim blieb stumm, sein Zimmer ungeheizt und sein Bett ungemacht.

* * *

Traute hatte sich in den ruhigen und sonnigen Arnheimer Nachsommer- und Herbsttagen sichtlich erholt. Sie hielt sich der Landesschen Geselligkeit fern. Nur wenn es dringend geboten war sie zugegen.

Ihr Buen Retiro war der Tante großer Park. Dort fühlte sie sich wohl und Hannele mit ihr.

Und als eines Tages ein Kärtchen vor ihre Füße wehte, das gleichsam achtlos und doch absichtlich von einem Inder durch die Eiseneinfriedung geworfen wurde, und nur die Worte enthielt „Vauwstraat 14 H. II. — Tagsüber Werft." war das Gefühl von Sicherheit und wohltuender Ruhe in ihr so vollkommen, wie lange nicht.

Kein noch so vollendeter Kavalier konnte so diskret sein, wie dieser Inder, der wie ein Schatten am Garten entlang gehuscht war.

Während der ganzen Zeit war er ferngeblieben.

Nie brauchte sie Bange zu haben, daß er sie jemals kompromittieren würde. Er hielt sich fern, er blieb verschwunden und war doch da.

Das zu wissen, wärmte die sonnenarme Seele Trautes und machte sie sicher und froh, bis eben jener erste Brief Leods kam, der in diesen Frieden fiel, wie Frost im Mai.

Und bei diesem ersten Brief blieb es nicht. Viele kamen in regelmäßigen Zwischenräumen.

Sie heischten, baten, bettelten. Vergebens! Dann aber drohten sie frech, unverschämt und brutal.

Keinen dieser Briefe beantwortete Traute. Auch den letzten nicht, der sehr kurz war und nur drei Sätze enthielt:

„Du willst nicht im Guten, so sollst du müssen im Bösen. Ich will dich von einem Ende Hollands zum anderen jagen, bis du zerbrochen und winselnd wie ein Hund an meiner Tür um Einlaß bettelst. — Verlaß' dich darauf!"

Diese Sprache kannte Traute. Sie war die einzig wahre, die er redete. Nur im Teuflischen konnte er konsequent sein.

Schatten lagen auf ihrem Wege und in ihrer Seele war Dunkel.

* * *

Es war am 11. Dezember 1902.

Traute saß in ihrem Zimmer mit einer Handarbeit beschäftigt, die sie der Tante zu Weihnachten zu schenken beabsichtigte. Hannele spielte.

Da trat die Zofe ins Zimmer und bat Frau Mac Leod zur Tante Baronin.

Ahnungslos ging Traute hinunter.

Beim Eintreten schon hielt ihr die Tante eine Zeitung hin. Das Papier zitterte in ihrer Hand. Es war das „Allgemeene Handelsblad", eines der verbreitetsten Organe Hollands.

„Da, lies," sagte sie und zeigte auf ein großes Inserat.

Traute las:

„Warnung!

Ich warne hiermit jedermann, meiner Frau Gertrud Mac Leod geb. Zelle, die sich augenblicklich in Arnheim aufhält, auf meinen Namen Geld zu leihen, da ich für nichts aufkomme, weil sie die gemeinschaftliche Wohnung während meiner Abwesenheit ohne mein Wissen und meinen Willen verlassen hat und trotz wiederholten Aufforderns die häusliche Gemeinschaft nicht wiederherstellt.

Hauptmann Mac Leod."

Traute schwieg.

Sie sah lange auf die Zeitung nieder. Sie begriff das noch nicht recht, was sie gelesen hatte.

„Nun?" fragte die Tante mit hochgezogenen Brauen.

„Es kümmert mich nicht," sagte Traute.

„Aber mich, Verehrteste, mich kümmert es."

„Es ist doch nicht wahr, was hier steht. Es ist doch Lüge."

„Gleichgültig," erwiderte die Baronin. „Daß es hier steht, ist das schlimme. Es fehlte nur noch, daß dieser — dieser Hauptmann a. D." — das sagte sie mit eisiger Verachtung — „meinen Namen erwähnt hätte! Daß er geschrieben hätte: die sich augenblicklich in Arnheim bei ihrer Tante, der Baronin Sweerts van den Landes aufhält. Das fehlte noch!"

Und Traute begriff mit einem Male die ganze Tragweite dieser Anzeige.

„Das nächste mal wird es bestimmt drinn stehen," fuhr die Tante fort. „Und darauf möchte ich es nicht ankommen lassen. Ich will nicht in eure unangenehmen und unvornehmen Angelegenheiten hineingezogen werden. Du verstehst?"

Traute nickte.

„Tut mir ja leid, aber — —"

„Was denn, Tante? Was tut dir leid?"

„Kind, sei doch nicht so schwerfällig! Daß du gehen mußt, natürlich."

„Gehen mußt," wiederholte Traute tonlos und dachte an die Worte Leods: Ich will dich von einem Ende Hollands zum anderen jagen.

„Gehen mußt," sagte sie noch einmal, dann fragte sie: „Wann, Tante?"

„Je schneller, desto besser. Heute noch, gleich, jetzt" — wie hart das klang! Und wie egoistisch das folgende „Ich werde sofort an deinen Mann schreiben, daß du dich nicht mehr bei mir aufhältst."

„Tue das! Er wird sich freuen," sagte Traute und ging ohne Gruß und Dank hinaus.

Zwei Stunden später stand sie mit Hannele an der Hand, den Koffer neben sich und drei Gulden in der Tasche, davongejagt und heimatlos auf der Straße.

5.

Das war ein sonderbares Bild, das sich den Arnheimern bot, die den Velper Weg entlang gingen. Gleiches hatten sie noch nicht gesehen.

Vor der Landesschen Villa saß auf einem Koffer eine Dame mit ihrem Kind, einem blauäugigen, blonden Mädelchen.

Die Vorbeigehenden machten große Augen, aber den Mund taten sie nicht auf.

Das ist so im Lande „Was-gehst-du-mich-an."

„Warum sitzen wir hier, Mamali," fragte die Kleine und zog ein Schippchen. „Mich friert."

„Ich kann den Koffer nicht tragen, Hannele," antwortete die Mutter, „er ist zu schwer. Wir müssen warten, bis Hilfe kommt."

„Wir wollen doch wieder nein tehn, Mamali. Drinn is warm."



Vom Weinlesefest in Bacharach

das auch in diesem Jahre wieder in dem alten Weinstädtchen am Rhein in alter Weise gefeiert wurde: die Bacharacher Armbrustschützen in historischen Trachten besetzen die Burgruine Stahlberg oberhalb des Rheinflusses und veranstalten ein Wettschießen